

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 52, Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bettelgeld)
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3164

Inhalt:

Die Einführung von Lohnstarifen durch die Stadtgemeinden. — Die Geldnot im Münchener Mathause. — Notstandsarbeiten und Entlassungen städtischer Arbeiter in Magdeburg. — Mißstände bei der Straßenreinigung in Chemnitz. — Aus der Tiefe. — Salinenarbeiter. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus unserer Bewegung. — Internationale Rundschau. — Rundschau. — Briefkasten. — Anzeigen.

Die Einführung von Lohnstarifen durch die Stadtgemeinden.

Während in der Privatindustrie die Arbeits-Tarifverträge fortgesetzt vermehrt werden, haben sich bisher fast alle deutschen Stadtgemeinden ablehnend gegen Anträge der städtischen Arbeiter auf Tarifverträge verhalten. Nach neueren Feststellungen bestehen gegenwärtig etwas über 5300 Tarifverträge in der deutschen Privatindustrie, die für ungefähr eine Million Arbeiter als bindend erachtet werden. Diese Tarife sind teils örtlich, teils bezirksweise oder auch national geregelt, doch sind vorerst nahezu drei Viertel aller Verträge lokaler Natur, während nur fünf Generaltarife für ganz Deutschland existieren. Keine Tarife besitzen der Bergbau, die Mänten, Salinen, die Eisen, die chemische und die Industrie der Leichtstoffe sowie die großen Verkehrsunternehmungen. Die Metall- sowie Textilindustrie haben nur in wenig Betrieben Tarifverträge; ferner fehlen Land- und Forstwirtschaft sowie die kommunalen Betriebe.

Betrachtet man die vorstehende Liste näher, so stellt sich heraus, daß die Großindustrie bis heute versucht und verstanden hat, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter bei der Regelung des Arbeitsverhältnisses auszuschalten.

Auch die Gemeinden zählen zu denjenigen, die „Herren im Hause“ bleiben wollen; sie verwenden oftmals die ganze ihnen zur Verfügung stehende öffentliche Macht darauf, sich diesen idyllischen Zustand zu erhalten. Trotzdem hat man der öffentlichen Kritik und der vorwärtstreibenden Macht der Arbeiterorganisation Rechnung tragen müssen, und so sind in fast allen mittleren und größeren Städten Deutschlands sogenannte Lohnstarifen bzw. Lohnstarifen festgelegt, die der absoluten Willkür immerhin eine Zitrone ziehen.

Aber erst in den letzten Jahren ist es dahin gekommen, daß diese Lohnstarifen allmählich zu einer Art zwingenden Rechts wurden, und es gibt noch heute zahlreiche Gemeindebetriebe, wo die festgesetzten Löhne durch willkürliche Maßnahmen der Betriebsleiter umgangen oder auch ganz umgeändert werden.

Die in den Etats angegebenen Arbeitslöhne sind in der Regel summarisch unter der Rubrik „Betriebslöhne“ zusammen gefaßt. So bleiben den Gemeindevertretern die vielgestaltigen Lohnstarifen unbekannt, während z. B. die Lohnstarifen jedes Beamten einzeln aufgeführt werden. Da nun in den größeren Städten die Lohnstarifen sich meist nur auf einen

Betriebszweig beziehen, so ist — besonders in Norddeutschland — eine derartige Mannigfaltigkeit in den Lohnverhältnissen einer Stadtgemeinde zu verzeichnen, daß sich nur wenig Personen darin auskennen und selbst die Leiter großer Gemeindebetriebe nicht einmal wissen, wie denn eigentlich der Anfangs- oder der Höchstlohn der städtischen Arbeiter beschaffen ist.

In Süddeutschland hat man mehr und mehr nach dem Vorgehen von Freiburg i. B., Mannheim, Straßburg und München generelle Lohnstarifen aufgestellt. Dadurch wird eine weit bessere Uebersicht geschaffen und die allzu große Verschiedenartigkeit bei der Lohnfestsetzung vermieden. Trotzdem gibt es auch hier noch Lohnstarifen mit 12 bis 18 verschiedenen Lohnklassen, die dann noch wieder durch Dienstaltersskalen erheblich voneinander abweichen.

Nun läßt sich eine gewisse Berechtigung der Lohnklassen nach der mehr oder minder qualifizierten Arbeit gewiß nicht leugnen. Doch würden unseres Erachtens drei bis vier Lohnklassen durchaus hinreichend sein. So hat z. B. Mannheim mit diesem System eine vorzügliche Uebersichtlichkeit geschaffen, die überall möglich wäre und Nachahmung verdient. Die Organisation der Gemeindegewerkschaft hat von Jahr zu Jahr mit wachsendem Erfolg versucht, die Lohnklassen so viel wie möglich zu vereinfachen. Nur einige Großstädte, wie z. B. Berlin haben hartnäckig an ihrem völlig veralteten Durcheinander festgehalten. Hier besitzt man ein Lohnsystem, das die größten Ungerechtigkeiten und völlig unmotivierte Verschiedenartigkeiten in sich birgt.

Wollte man den Gründen für den unregelmäßigen Aufbau der Lohnstarifen nachgehen, so würde sich allerdings manches erklären. Insbesondere hat wohl vielen Stadtverwaltungen bei der Einführung das „beamtenähnliche“ Verhältnis der Gemeindegewerkschaft vorgeschwebt, von dem aber in der Praxis recht wenig zu verspüren ist. Ferner hatte die große Differenz nebenher den Zweck, die Arbeiter unter sich zu spalten und ein gemeinsames Vorgehen bei Lohnfragen zu verhindern. Das ist zweifellos auch geraume Zeit gelungen. Nachdem nun aber die Organisation trotz dieser Schwierigkeiten gemeinnützige Forderungen zu formulieren wußte, ist es wahrlich an der Zeit, diesen bureaukratischen Kopfs abzuschneiden und überall einheitliche Lohnstarifen mit möglichst wenig Lohnklassen einzurichten.

Ebenso notwendig ist die Verringerung der Lohnskalen nach dem Dienstalter. So zweckmäßig und anerkanntenswert das Prinzip ist, den Lohn nach dem Dienstalter steigen zu lassen, so unzulässig ist es, hier nach dem Beamtenchema zu verfahren und womöglich 10 bis 15 Stufen einzurichten, die erst nach ebensoviel Jahren erreicht werden. Die menschliche Arbeitskraft verbräunt sich bei der schweren und ungesunden Arbeit in den städtischen Betrieben im allgemeinen viel schneller als die der Beamten. Dem muß billigerweise durch möglichst hohe Anfangslöhne und kurze und wenige Steigerungs-

für die Rechnung getragen werden. Gewiß sieht es sehr effectvoll aus, wenn man mit Lohnskalen paradiert, die noch nach 15 Dienstjahren Steigerungssätze aufweisen. Damit ist den Arbeitern aber nicht gedient. Vielmehr sollten die Erhöhungen ähnlich wie in der Privatindustrie nach einem, drei und fünf Jahren einleiten. Natürlich müßten bei einer solchen Reform die jetzt erst nach 15 bis 20 Dienstjahren erreichbaren Lohnsätze eben mit fünf Dienstjahren erreicht werden. Allenfalls könnte in denjenigen Gemeinden, wo gar zu langfristige Lohnskalen bestehen, im Anschluß an obige drei Stufen einweilen noch eine vierte nach acht Jahren treten.

Aber leicht wird den befragenden Gemeindevertretern in der Regel dieser Antrag nicht gemacht werden, weil mit den dadurch geschaffenen höheren Anfangslohnsätzen oftmals erhebliche Mehraufwendungen erforderlich sind. Denn das jetzige System hat unzweifelhaft für die Stadtverwaltung den Vorzug, daß es billig ist. Der unglaublich großen Miskulation in zahlreichen städtischen Betrieben würde durch bessere Anfangslohne zwar vorgebeugt werden können. Aber daran liegt den Stadtverwaltungen in den seltensten Fällen! Im Gegenteil, gelingt es, auf die jetzige Weise noch billiger zu wirtschaften, da die Neuentretenden sich wieder mit dem Anfangslohn begnügen müssen und so die Dienstalterszulagen „geipart“ werden.

Die schärfste Kritik verdient auch die besonders in Süddeutschland immer mehr um sich greifende Methode, unter den städtischen Arbeitern eine künstliche Trennung in „ständige“ oder „Stadtarbeiter“ und „unständige“ herbeizuführen. So hat z. B. jüngst Freiburg i. Br., das sehr frühzeitig einen generellen Lohnstarif einführt, in den neuen Bestimmungen diesen Unterschied weiter ausgedehnt und dadurch die Anwendbarkeit des neuen Lohnstarifs erheblich begrenzt. Während nämlich die „ständigen“ Arbeiter unbedingt dem immerhin verbesserten Lohnstarif und der allgemeinen Arbeitsordnung unterstellt sind, wird für die „unständigen“ Arbeiter all dies ausgeschlossen. Sie nehmen also weder an den vorhandenen sozialpolitischen Einrichtungen teil, noch haben sie Lohnskalen oder dergleichen. Um aber „ständig“ werden zu können, muß man nicht nur Gesundheitsattest, Nährungszeugnisse und dergleichen beibringen, sondern ebenfalls jahrelang „unständig“ bei der Stadt gearbeitet haben und vor allem hincindende Nürsprache besitzen. Auf diese Weise erhält die allmählich im Schwinden begriffene Beamtenwillkür wieder eine ganz neue Stütze. Mancher Arbeiter wird „ständig“ nach wenig Wochen, mancher erst nach Jahren, mancher nie! Man hat diese Ungerechtigkeiten mit der Begründung verteidigt: eine Stadtgemeinde mit ausgedehnter sozialpolitischer Fürsorge müsse sehr vorsichtig sein, um die Einrichtungen nicht etwaigem Mißbrauch zu überantworten. In Wirklichkeit stellt aber gerade diese künstliche Einteilung einen Mißbrauch der einzelnen Verwaltungen dar, wie er ärger nicht gedacht werden kann. Es muß deshalb Aufgabe der sozialdemokratischen Gemeindevertreter sein, diesen Bestimmungen energisch auf den Leib zu rücken. Wohl sollten Invalide, Schwache, Ortsarme u. dergl. wie z. B. in Straßburg möglichst gesondert beschäftigt und geführt werden, um nicht als Konkurrenz zu gelten. Bei ihnen läßt sich auch eine Ausgestaltung aus den allgemeinen Bestimmungen resp. Vergünstigungen verteidigen. Anders hingegen bei der vollwertigen Arbeitskraft, die ihre Pflicht und ihr Arbeitspensum genau so leisten muß, wie der ernannte „ständige“ resp. „Stadtarbeiter“. Soweit jedoch eine sogenannte Probezeit verlangt wird, sollte sie sich jedenfalls auf längstens drei Monate beschränken. Bis dahin muß jeder Betriebsleiter in der Lage sein, zu beurteilen, ob ein Arbeiter für seinen Posten geeignet ist oder nicht.

Wie notwendig für jeden sozialpolitisch bestimmten möglichst fest verankerte Lohnstarife auf breiterer Grundlage sind, hat sich besonders in der Zeit niedergehender Wirtschaftskontunktur gezeigt. Vom Berliner Stadtkämmerer Dr. Steiniger bis herunter zu zahlreichen Stadtverordneten in Provinzialstädten ist bedauert worden, daß es nicht angängig sei, die Löhne

der städtischen Arbeiter herabzusetzen, obwohl ein reiches Arbeiterangebot vorhanden sei. Gegen solche Auffassungen hilft keine moralische Entrüstung, sondern nur die systematische Behauptung und Einrichtung von festgelegten Lohnstarifen. Wohl wird eine kurzfristige Stadtverwaltung in Zeiten wirtschaftlicher Krisen durch Entlassungen, Abkennung von Lohnforderungen usw. ohnehin ihre „materiellen Interessen“ mehr wie billig wahrnehmen. Sie kann bei festgelegten Löhnen aber nicht daran denken, Abzüge zu machen und so den Konsum ihrer Arbeiter nicht noch mehr verringern.

Es mag dabei eingehalten werden, daß bei sogenannten Notstandsarbeiten unbedingt auf tarifliche Löhne zu achten ist. Der von den Gemeinden hierbei leider noch immer stark bevorzugte Weg der Submission) zeitigt in dieser Beziehung sonderbare Mißstände.

Wie sehr die Stadtgemeinden bemüht sind, sich den Forderungen der Arbeitgeberverbände willfährig zu zeigen, beweist das hartnäckige Sträuben in Zeiten aufwärtsgehender Konjunktur oder in teureren Zeiten die Lohnstarife zu revidieren und entsprechende Verbesserungen tariflich festzulegen. Man hilft sich vielmehr mit sogenannten Feuererregungszulagen, die doch immer nur ein mangelhafter Notbehelf sind. Bis Ende 1907 hatten circa 80 Gemeinden solche Feuererregungszulagen an städtische Arbeiter bewilligt. Das ist an sich immerhin erfreulich, doch muß ausdrücklich betont werden, daß die tarifliche Festlegung höherer Lohnsätze unvergleichlich wirkungsvoller und viel richtiger ist. Aber man scheut alles, was irgendwie nach Tarifgemeinschaft aussieht. Daran müssen auch die städtischen Arbeiter Jahr für Jahr die gleichen Forderungen wiederholen. Wiederholt konnten Lohnforderungen nur mittels Streikerklärung erzwungen werden. Eine solche Arbeitsunterbrechung in öffentlichen Betrieben liegt aber gewiß nicht im Interesse der Bürger, und auch die städtischen Arbeiter haben nur in den Fällen von ihrem Streikrecht Gebrauch gemacht, wenn alle übrigen Verhandlungsarten verfliegen oder erschöpft waren. Dabei haben die städtischen Arbeiter oftmals eine wahre Yammsgeduld bewiesen, indem sie monate- und jahrelang zögerten, das äußerste daran zu setzen, um zur Erfüllung ihrer Forderungen zu kommen. Würden sich die Stadtverwaltungen nicht gar zu sehr von ihren fiskalischen Reigungen beherrschen lassen, so könnte durch Verhandlungen mit Leichtigkeit ein Zustand geschaffen werden, der beiden Seiten zu ihrem Recht verhilt. Leider bedarf es gegenwärtig und für die nächste Zeit noch allzuoft des „letzten Mittels“, um dem städtischen Arbeiter einen bescheidenen Anteil am Arbeitsertrag zu sichern. Durch Abschluß von Tarifverträgen würden zahlreiche Mißstände vermieden und einem konstitutionellen Zustand die Wege gebahnt.

Vielleicht haben viele Stadtverwaltungen gehofft, durch die eingesetzten Arbeiterausschüsse sich „Ruhe“ zu verschaffen. Diese Erwartung konnte aber schon im wesentlichen nicht in Erfüllung gehen, weil die Funktionen dieser Ausschüsse viel zu eng begrenzt sind. Immer mehr kommt es den Arbeitern zum Bewußtsein, daß sie von dieser Institution keine wesentlichen Fortschritte erwarten können. So wird die circa 3000 Mitglieder zählende Organisation der Gemeindearbeiter in immer stärkerem Maße der einflussreiche Faktor auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen, dem sich selbst die größten Gemeinden nicht mehr entziehen können.

Die Organisation verlangt Sozialisierung der Löhne (d. h. Bedarfslöhne), wie sie bereits in einigen deutschen Gemeinden im Prinzip anerkannt ist. Ueber die Höhe bzw. den Bedarf muß zu entscheiden, wird sich die Organisation nicht mehr nehmen lassen. Die Stadtverwaltungen könnten durch Tarifvereinbarungen den An- und Abänderungen die Schärfe nehmen und würden dabei nicht schlecht fahren.

„Monnmmale Praxis“.

*) Bergr. Fritz Paepow. Das Submissionswesen. Buchhandlung Vorwärts.

Die Geldnot im Münchener Rathaus.

Angeichts der Tatsache, daß irgendein Arbeiter, das nicht mehr imstande ist, seine Arbeiter entlohnend zu bezahlen, in 99 von 100 Fällen dem sicheren Bankrott entgegengibt, könnte man eigentlich auch hier mit gutem Recht von einem drohenden Bankrott sprechen. Denn auch in München wußte man keine höheren Gründe für die Ablehnung der von den städtischen Arbeitern geforderten Lohnerböhung anzuführen, als daß eben kein Geld vorhanden sei.

Mit einem Reservefonds von 500.000 Mk. trat die Stadtverwaltung in das Wirtschaftsjahr 1909 ein; von dieser lächerlich geringen Summe gingen aber schon in den ersten Tagen 20.000 Mark für Unterstützung der Arbeitslosen sowie 130.000 Mk. für Lohnerböhung der städtischen Arbeiter ab. Die letzte Summe sowie weitere 92.000 Mk., die bereits bei den einzelnen Eratz-Lohnerböhung ab 1. Januar 1909 von täglich 20 Pf. für sämtliche der Arbeitsordnung unterstehenden Arbeiter.

Seitens der Münchener Verbandsleitung war im vergangenen Frühjahr eine Lohnerböhung von täglich 40 Pf. sowie verschiedene Verbesserungen der Arbeitsordnung gefordert worden. Letztere befinden sich noch im Stadium der „Erwägungen“, und es ist bei optimistischer Veranlagung zu erwarten, daß sie im Laufe dieses Jahres noch zum Abschluß gelangen. Was die Lohnerböhung betrifft, so wurde diese schon bei der Einreichung unserer Denkschrift als „widerwärtig“ bezeichnet, zu welcher Erkenntnis damals auch der Magistrat gelangte, nachdem einige gut besuchte Versammlungen der städtischen Arbeiter freundlich für etwas Nachhilfe fragten. Zudem handelte es sich um die Vermeidung der Ausstellung und wollte sich die Kommode einer eventuellen Arbeitsminderung der städtischen Arbeiter ersparen. Die städtischen Kollegen wurden sich also durch die Beschlüsse vom 6. und 11. Mai 1908 dahin einig, angesichts der „chronisch“ ungünstigen finanziellen Lage ab 3. Juli 1908 mit jenen Arbeitern, deren Lohn unter 4 Mk. täglich stand, eine Zulage von 20 Pf. (für jene mit 3,50 Mk. nur 10 Pf.) zu zahlen, was für das letzte Halbjahr 1908 einer Aufwendung von 16.000 Mk. gleichkam.

Wiederholt erklärten damals die städtischen Kollegen, daß eben in dem Etat für 1909 die Mittel für die von den städtischen Arbeitern geforderte Aufbesserung vorgegeben werden müßten. Die Arbeiter waren einsichtig genug, der Stadtverwaltung in diesem zweifellos gewichtigen Moment der Stadtverwaltung nicht das Messer auf die Brust zu setzen und vor aller Welt zu klammern; zudem wurde inzwischen der ersuchte Tagelohn um 60 Pf. erhöht, so daß man sicher die Genehmigung der geforderten Lohnerböhung von 40 Pf. erwarten konnte. Diese Hoffnung auf die bessere Einsicht der Stadtverwaltung ist aber schmachvoll zusammengebrochen. Auf ganze 20 Pf. schwang sich der Magistrat auf und zahlt nun — was besonders feigenhaft zu werden verdient — unter dem ertöblichen Tagelohn!

Zweimal manifestierte das Gemeindefolge seinen Willen, indem es mit Majorität eine weitergehende Aufbesserung beschloß, als sie durch den Magistrat vorgegeben war. Diese Beschlüsse des Gemeindefolges waren aber nur möglich, weil sich einige der neu gewählten liberalen Vertreter lustig über die nicht an den Realisationszwang lebten, sondern für die Erhöhung der Löhne um 40 Pf. stimmten. Selbst der Führer der liberalen Mehrheit, der die Ablehnung der höheren Forderung dem Gemeindefolge mündgerecht machen sollte, mußte zugeben, daß die Forderung unseres Verbandes durchaus nicht unabweisbar genannt werden könne, aber es sei eben leider kein Geld da. Deshalb lehnte auch der Magistrat den weitergehenden Beschluß des Gemeindefolges ab. Ist es da nicht wirklich am Platze, von einem Väterrat der Stadtverwaltung zu sprechen? Dies um so mehr, als bei den letzten Eratzberatungen aus berufener Munde wiederholt auf die glänzenden Betriebsergebnisse der städtischen Werke verwiesen wurde, durch welche die gesamten Zinsen der unrentierlichen Schulden gedeckt werden könnten. Wohlgerast, dieselbe Stadtverwaltung, die das Straßennetz mit den Meter schellen der städtischen Werke verleiht, kann den Arbeitern, die doch diese Meter schellen schafften helfen, nicht einmal eine „nicht unabweisbare Forderung“ bewilligen. Ist das mit ein Bild zum „Erntedankfest“?

Die invaliden Arbeiter und die Laternenwärter sollen anständig gan; Ker ausgeben. Da wird immer von einer „Arbeitsbeschäftigung durch Laternenanhangen“ geredet, obwohl diese angebliche Arbeitsbeschäftigung durchschnittlich täglich sieben bis acht Stunden dauert. Vielleicht könnte sich mancher von diesen Leuten noch als Schneider oder als Schuhmacher im Winter einen Namen

verdienen lassen, gerade zu dieser Zeit aber hängt der Laternenwärter Tag und Nacht an seinen Laternen. Oder man will diese Leute a la „Mitschans“ mit der Einführung der Selbstbindung überreden; nur aus Mitleid will man das nicht tun. Das ist lächerlich; wir wollen kein Mitleid, keine Gnade, sondern Recht wollen sein.

Die angebliche Aufbesserung von 20 Pf. täglich, gleich monatlich 5 Mk., hat im letzten Jahre allein der Hauswart abgeholt, womit aber soll die Steigerung der schriam Lebensbedürfnisse befriedigt werden? Ein solches Presto der Stadtverwaltung hätte kein Mensch erwartet. Statt nach sozialpolitischen Hauptpunkten, sondern nach kapitalistischen Prinzipien hat der Magistrat entschieden. „Arbeitsbeschäftigung und Nachhilfe! Das ist die Dummheit, mit der wir die Müßiggänger der Stadtverwaltung begreifen können. Denn groß ist derzeit die Arbeitslosigkeit, aber, nun städtische Arbeiter, wenn er einer Mühen haben will, jetzt kann der Magistrat ein Tänzchen wagen.“ Sagte das auch der Herr Gewerkschaftsrat nach dem Bericht des Arbeiterausschusses: „250 Arbeiter für Laternenwärter warten drängen“.

Zudem die städtischen Arbeiter werden auf diesen Vorgängen lernen. Und da drängt sich vor allem die Frage auf, ob man denn in Zukunft auf die letzten Verbesserungen der Stadtverwaltung noch etwas geben kann oder ob in Zukunft die gestellten Forderungen ohne weiteres zur günstigen Zeit ausgetragen werden müssen? Denn zweifellos sah die Stadt im vergangenen Jahre magp vor der Ausstellung in der Stimmung. Und die Stadtverwaltung selbst mag sich bei der Nase nehmen, wenn die städtischen Arbeiter in Zukunft den günstigen Moment nicht ungenutzt verstreichen lassen und dann warten, bis der Magistrat in ungünstiger Stunde die Wünsche der Arbeiter abputzen gerude. Die Zeit wird auch hier eine Lehrmeisterin sein.

20 Pf. Lohnerböhung sind ja wohl 20 Pf., aber der Grundlohn ist bei der Stadt für Bediente nur 3,50 Mk., im Baugewerbe ab 1. April 1909 4,70 Mk. Heuer diese Differenz können auch die über den Gehaltensföng gelebten und bei jeder postenden und unpostenden Gelegenheit berechneten, sogenannten „Bergünstigungen“ nicht decken. Zudem aber haben gerade die am schlechtest bezahlten Arbeiter an diesen Bergünstigungen keinen Anteil. Wie sich die Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter nun in Zukunft gestalten, darüber gibt folgende Tabelle Aufschluß:

Arbeiter	Arbeiterinnen		Arbeiter															
	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII	XIII	XIV	XV	XVI	XVII	XVIII
Grundlohn in Pf.	2,80	3,00	3,20	3,40	3,60	3,80	4,00	4,20	4,40	4,60	4,80	5,00	5,20	5,40	5,60	5,80	6,00	6,20
Zulagen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
mit Grundlohn	25	6	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
mit 20 Pf. Zulage	14	14	4	16	102	65	6	47	36	35	—	46	8	4	—	—	—	—
mit 40 Pf. Zulage	24	8	1	219	77	90	27	31	24	16	2	38	2	4	1	—	—	—
mit 12 Pf. Zulage	10	2	—	14	108	78	12	45	11	15	1	45	8	9	1	—	—	—
mit 10 Pf. Zulage	8	2	—	63	63	36	6	18	7	2	—	26	—	—	—	—	—	—
mit 15 und mehr Zulage	32	1	—	13	69	115	6	33	6	2	—	42	5	11	1	—	—	—
Summe	113	32	6	97	740	607	68	286	198	145	3	257	14	42	2	—	—	—

Unter Zugrundelegung der Aufbesserung von täglich 20 Pf. haben sich folgende Gehälter im November 1908 baltenden Aufstellung an Arbeiterinnen 25 je 2,80 Pf., 19 je 3,00 Pf., 39 je 3,20 Pf., 22 je 3,40 Pf., 11 je 3,60 Pf., 24 je 3,80 Pf., und 1 hat 4,00 Pf.

Arbeiter haben: 261 je 3,50 Pf., 478 je 3,70 Pf., 401 je 3,90 Pf., 276 je 4,10 Pf., 229 je 4,30 Pf., 411 je 4,50 Pf., 246 je 4,70 Pf., 223 je 4,90 Pf., 111 je 5,10 Pf., 108 je 5,30 Pf., 49 je 5,50 Pf., 6 je 5,70 Pf., 76 je 5,90 Pf., 8 je 6,10 Pf., 29 je 6,30 Pf., 4 je 6,50 Pf., 42 je 6,70 Pf., 9 je 6,90 Pf., 5 je 7,10 Pf., 6 je 7,30 Pf., 11 je 7,50 Pf., 1 zu 7,70 Pf., 1 zu 7,90 Pf., 1 zu 8,10 Pf.

Im vernünftigen sei betont, daß die Straßennetz, Feuerwehr, Laternenwärter, Schulhausverwalter und inwischen Arbeiter bei dieser im November 1908 erfolgten Aufstellung, nach der 151 Arbeiterinnen und 3115 Arbeiter vorhanden waren, nicht mit einbezogen sind.

Die 151 Arbeiterinnen haben zusammen 330 Vorrückungen a 20 Pf. und somit einen Durchschnittslohn von täglich 3,50 Pf.; dieser setzt sich zusammen aus einem Durchschnittsgrundlohn von 2,85 und 0,65 Pf. aus Vorrückungen. Dieser Lohn mag wohl als annehmlich bezeichnet werden; zum besseren Verständnis sei aber bemerkt, daß dieser höhere Durchschnittslohn nur dadurch erreicht wird, weil die Arbeiterinnen immer mehr verdrängt werden und von den Verdienstigen beh. 22 Proz. (gegen 11 Proz. bei den männlichen Arbeitern) im Range des Wohlstandes stehen.

Bei den männlichen Arbeitern besagen erweist sich unter Berücksichtigung auch aller höher bezahlten Arbeiter (Handwerker, Metallarbeiter, Aufsicht) sowie auch — um jeden Schein von Ein-

seitigkeit zu vermeiden — jener 20.000 Mk., die für kleinere, in vorliegender Statistik noch nicht berücksichtigte Beschäftigten in der Kohntafel anfallen werden, ein Durchschnittslohn von täglich 4,36 Mark, wobei sich 0,37 Mk. aus den 5-83 Vermittlungen à 20 Pf. der 3145 Arbeiter ergeben, so daß der eigentliche Durchschnittsgrundlohn für männliche Arbeiter nur 3,99 Mk. beträgt. Dies fällt um so schwerer ins Gewicht, als neben den Anlässen für die geistlichen Beiträge zur Arbeiterversicherung von diesem Verdienst noch durchschmittl. pro Tag 15 Pf. zum Abzug kommen für die Beiträge zur Verletzungslohn.

Wie sich weiter aus der Tabelle ergibt, hat ein ganzes Drittel der Arbeiter (1010) noch den Anfangslohn, während in der Gruppe mit zwölf bis fünfzehnjähriger Dienstzeit (80 Pf. Zulage) nur mehr 220, und in der Gruppe von fünfzehn bis dreißig und mehr Jahren (1 Mk. Zulage) insgesamt nur 487 Arbeiter stehen. Da aber die Zahl des Arbeiter im Frühjahr bedeutend answächst, die natürlich sämtlich den Grundlohn erhalten, so gestaltet sich das Bild um diese Zeit noch ungünstiger. Diese statistische Auseinandersetzung zeigt, wie niedrig die Löhne der städtischen Arbeiter trotz der 20 Pf. Lohnerhöhung noch sind. „An dem Talles ist die weitergehende Verbesserung gescheitert.“ Und da nun der liberalen Partei im Gemeinderatsrat die Mada fehlt, die berechneten Forderungen der städtischen Arbeiter abzuwägen, so muß man bei den letzten Wahlen der Magistrat höchst eigenmächtig diese Unterwerfung vollziehen.

Jedoch trägt auch dies dazu bei, den städtischen Arbeitern mit zwingender Kraft Marynaden, daß auf die Verbrochungen der Stadtwirtschaft kein Verlaß ist. Ausbau der Organisation nach innen und außen, das ist vorerst die Aufgabe, an deren Lösung die Kollegen in ihrem eigenen Interesse mit vergeblicher Euerke herangehen müssen. Das übrige wird sich zur rechten Zeit finden.

F. S.

Notstandsarbeiten und Entlassungen städtischer Arbeiter in Magdeburg.

Wie auch im verflohenen Jahre hat der Magistrat in Anbetracht des wirtschaftlichen Niederganges die Errichtung sogenannter Notstandsarbeiten beschlossen. Es sind zu diesem Zwecke 30.000 Mk. für Wasserkanten, Sanitations- und Gasobranlagen zur Verfügung gestellt worden. Damit aus der oben angegebenen Summe keine falschen Schlüsse gezogen werden können, sei vorweg erwähnt, daß in dieser alle Kosten für Materiallieferungen mit einberechnet sind. Für die Arbeitslosen werden höchstens dabei einige tausend Mäcker abfallen.

Auch die Zahl der Beschäftigungslosen und die Art der Einkommens haben keine großen Veränderungen, die man ernstlich bemüht war, die außerordentlich große Arbeitslosigkeit in Magdeburg wieksam zu bekämpfen. Denn was hatte es sonst für einen Zweck, wenn man bei ungenügender Nahrung einfach die Notstandsarbeiter nach kapitalistischem Grundgesetz entläßt. Noch dazu mußte unangenehm empfunden werden, daß es an den Vorabenden der Feiertage geschah. Da allen in städtischem Dienst stehenden Arbeitern die Wochenfeiertage bezahlt werden, so kann dies nur als Grund der Entlassungen angesehen werden. Eine derartige „Sparmaßnahme“ ist aber einer Gemeinde unwürdig.

Wenn bei den Notstandsarbeiten schon in diesem Sinne verfahren wurde, so mußten die fortwährend stattfindenden Entlassungen von Arbeitern am Gasen und bei der Gartenbauverwaltung beunruhigend auf die gesamte Arbeiterschaft wirken. Unter den zuletzt Entlassenen resp. Gehändigten befinden sich Leute, die schon über 8 Jahr im Dienste der Stadt stehen. Daher konnten die Arbeiter nicht mehr teilnahmslos dem zusehen, da nach den Ankündigungen bei der Gasverwaltung noch weitere Entlassungen selbst von Arbeitern stattfinden sollen, die bis zu 12 Jahren im Dienste der Stadt stehen. Jetzt mußte unbedingt gehandelt werden. Am 18. Januar fand eine Sitzung der gesamten Arbeiterausschüsse statt. Es wurde beschlossen, an den Magistrat den Antrag zu stellen auf Einberufung einer Sitzung, in der der Magistrat mit den Ausschüssen gemeinsam über die statt gefundenen Entlassungen beraten sollte. Da im verflohenen Jahre unser Antrag auf Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises kein Entgegenkommen fand, so begründeten wir aufs neue diesen Antrag mit den stattgefundenen Entlassungen. Es besteht aber die Möglichkeit, die Entlassungen durch Heberweisung in andere, zurzeit Arbeitsstarke benötigten Betriebe unterzubringen. Eine derartige Heberweisung kann allerdings durch den bestehenden städtischen Nachweis nicht erfolgen. Daß dieser

dazu nicht imstande ist, beweist seine Tätigkeit im vergangenen wie in diesem Jahre, wo zu der gleichen Zeit Arbeiterentlassungen und Einstellungen neuer Arbeiter erfolgt sind.

Diese Anträge der Ausschüsse gingen am 14. Januar beim Magistrat und bei der Stadtverordnetenversammlung ein. Die Versammlung nahm dies zur Kenntnis. Die beiden Arbeiterausschüsse des Gasens sind vor Stattfinden der Stadtverordnetenversammlung beim Direktor und dem Leiter des Maschinenbetriebsamtes wegen der Entlassungen vorstellig geworden. Die Kündigung des 3½ Jahr Beschäftigten wurde bis 1. April d. J. hinausgeschoben. Ganz im Gegensatz zu dem mustergültigen Verhalten der Gasenarbeiterausschüsse steht der der Gartenbauverwaltung da. Die Menschheit dieses „Ausschusses“ ist „Ausschub“ im wahren Sinne des Wortes. Besonders der Vorsitzende, Gärtner Hamann, hält es unter seiner Würde, für „minderwertige“ Arbeiter einzutreten. Nach weitem Urteil dies der Fall ist, vorzüglich er. Denn wenn Arbeiter bis zu 3 Jahren ununterbrochen tätig sind, so scheint dies gerade das Gegenteil von dem zu sein. Herr Hamann sollte sich nicht aufs hohe Ross setzen, denn auch seine Arbeit kann noch mal als minderwertig bezeichnet werden. Köllig schweigen sich die „Arbeitervertreter“ Vetter-Südfriedhof, Burmeister-Weisfriedhof und Wiemann-Derrentung aus. Sie haben bisher kein „beredtes“ Zeugnis ihrer Tätigkeit abgelegt. Offenbar gilt bei ihnen als oberster Grundsat: Reden ist Silber, Schweigen ist Gold! Vielleicht nehmen die Kollegen ihres Betriebes dazu einmal das Wort.

Auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung stand aber ein Antrag des Gewerkschaftsrates, der schon im Oktober v. J. gestellt war und die Annahmefähigkeit aller städtischen Arbeiten und Notstandsarbeiten, Schaffung von Warmhallen, Speisung von Schulkindern, ständige Einrichtung von angemessenen Mitteln zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Errichtung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung unter Mitwirkung der Gewerkschaften, Einreichung einer Eingabe an die Reichsregierung um Einführung der staatlichen Arbeitslosenversicherung forderte. Von diesen Anträgen wurden abgelehnt: die Einrichtung ständiger Mittel in den Etat und die Errichtung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung. Die Ablehnung der Anträge zeigt keineswegs von großem sozialpolitischen Verständnis der bürgerlichen Mehrheit im Stadtparlament. Schöne Worte wurden genug gewechselt, jedoch davon haben die Arbeitslosen ebensoviel, als von dem versprochenen besseren Jenseits nach dem Tode, solange sie hier auf Erden sind.

Der Stadtverordnete R. Nisch (Soz.) begründete die Anträge und führte aus, daß die Kommunen die Pflicht haben, für die Opfer der kapitalistischen Produktionsweise einzutreten. Redner ging dann auf die Entlassungen der Arbeiter städtischer Betriebe ein. Der Oberbürgermeister bestritt, daß die Arbeitslosigkeit eine Folge der kapitalistischen Produktionsweise sei. Bei den eigenen Arbeiten hätten keine Entlassungen stattgefunden. Nur könne es sich um Kündigungen einiger Arbeiter für den April handeln. Die Stadtverordneten Weims und Brandes konnten nachweisen, daß es sich bei den in den letzten Tagen erfolgten Entlassungen um Arbeiter, die schon bis zu 1½ Jahren im Dienst sind, handelt. Ein Widerspruch konnte gegen die Beweisführung unserer Genossen nicht erhoben werden. Jedenfalls ist der Oberbürgermeister von den einzelnen Verwaltungsdirektoren ungenügend informiert gewesen. Es war anzunehmen, daß die Entlassenen wieder eingestellt werden sollten, wie auch vom Herrn Oberbürgermeister versprochen war. Jedoch wurden an demselben Tage während der Zeit der Stadtverordnetenversammlung weitere Entlassungen von Notstandsarbeiten bei der Gartenverwaltung verfügt.

Sogar zwei Tage später, am 23. Januar, wurde die Entlassung von 20 Arbeiter am Gasen angedroht. Sofort wurde hier der Arbeiterauschub abermals vorstellig. Trotz der Erklärung des Oberbürgermeisters, daß Entlassungen nicht stattfinden sollen, ist am Freitag doch wieder eine Entlassung zu verzeichnen. Auf der einen Seite wird erklärt, Entlassungen finden nicht statt, auf der anderen demonstriert die Gasverwaltung die Worte des Oberbürgermeisters, indem sie die Leute aufs Straßenpflaster wirft. Noch am selbigen Tage fand eine Sitzung aller Arbeiterausschüsse statt. Die oben näher bezeichneten Vertreter des Gartenarbeiterausschusses glänzten hier ebenfalls wieder durch Abwesenheit. Einmündig beschlossen wurde, eine Deputation aus den Reihen der Arbeiterentscheidungsmitglieder am Montag zum Oberbürgermeister zu entsenden. Eine diesbezügliche Anmeldung dieser Deputation wurde sofort angefertigt und abgeschickt. Die gewählte Deputation,

Bestehend aus 11 Personen, ist am Montag, den 25. Januar, vom Oberbürgermeister empfangen worden. Nach einer eingehenden Aussprache über die stattgefundenen Entlassungen versprach der Herr Oberbürgermeister, daß Entlassungen vor dem 1. April nicht mehr stattfinden und die bereits bei der Gartenverwaltung entlassenen Arbeiter sollen sofort wieder eingestellt werden. Wie weit dies der Fall ist, können wir zurzeit noch nicht übersehen.

Es wäre doch dringend zu wünschen, daß der Oberbürgermeister sich besser informiert zeigt, als es hier der Fall war. Wir zweifeln keineswegs an den Worten des ersten Beamten der Stadt, jedoch wird aber auch verlangt werden können, daß die Dirigenten der einzelnen Verwaltungszweige sich mindestens auch verpflichtet fühlen, in diesem Sinne und nicht im entgegengesetzten zu handeln.

Für uns kann nur eine vernünftige Regelung der Arbeit innerhalb der städtischen Betriebe durch die Errichtung des geforderten paritätischen Arbeitsnachweises in Frage kommen. Besser als in unserem Falle konnte die Unbedingtheit der Arbeitsnachweise gar nicht bewiesen werden. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß der Herr Oberbürgermeister und der Magistrat zu demselben Resultat gelangen wie wir gelangen und recht bald bekannt wird, daß die Errichtung eines derartigen Arbeitsamtes in absehbarer Nähe steht.

Für die Zukunft werden wir mehr wie bisher mit dem Magistrat resp. mit dem Herrn Oberbürgermeister in Fühlung bleiben, da jetzt gar keine Zweifel mehr darüber bestehen, daß die Stadtverwaltung in den meisten Fällen ungenügend oder gar nicht informiert ist und es sich um Hebergriffe einzelner handelt. pk.

Mißstände bei der Straßenreinigung in Chemnitz.

Es dürfte zur Genüge bekannt sein, daß die Stadt Chemnitz eine derjenigen Städte ist, welche ihren Arbeitern noch einen ganz geringen Lohn zahlt. Die im Februar v. J. in der „Gewerkschaft“ veröffentlichte Statistik gibt genügenden Aufschluß darüber. Am allergeringsten sind die Straßenreiniger gestellt, denn der Lohn von 22 bis 28 Pf. pro Stunde kann man als Durchschnittslohn bezeichnen. Schon zum wiederholten Male ist seitens unseres Verbandes eine Eingabe an den Stadtrat und das Stadtverordnetenkollegium eingereicht worden, aber eine richtige Lohnerhöhung ist nicht erfolgt. Wohl hat man dem und jenem einmal einen oder zwei Pfennig zugelegt, aber von einer richtigen Lohnregulierung kann keine Rede sein. Die letzte Lohningabe wurde im Januar vorigen Jahres eingereicht, bis heute hat man aber noch keine Zeit gefunden, um nur den Arbeitern eine zufriedenstellende Antwort zu geben. Man hat sie nur immer vertagt und ihnen das Wohlwollen der Herren Stadträte versichert.

Doch da wir nun einmal bei dem Wohlwollen angekommen sind, wollen wir uns dies einmal etwas genauer betrachten. Bei der Straßenreinigung war es bisher Usus, daß der Lohn alle Wochen ausbezahlt wurde. Anfang dieses Jahres eröffnete man ihnen, daß die wöchentlichen Zahlungen aufhörten und an deren Stelle monatliche eingeführt werden sollten. An den bisherigen Zahltagen sollte jeder ein Konto erhalten. Am ersten Kontozahlungstag waren die Kollegen nicht wenig enttäuscht, denn statt der so schufällig erwarteten 13 oder 14 Mk. wurden ihnen nur 9, 10 und 11 Mk. ausbezahlt; 4 bis 5 Mk. wurden vom Lohn einbehalten. Also, statt der längst erwarteten Lohnzulage eine Lohnminderung. Drei Wochen lang mußten man Familienvätern mit drei, vier, fünf und noch mehr Kindern zu, mit 9 bis 11 Mk. pro Woche auszukommen. Das bedeutet für die Betroffenen nichts anderes als den Schmachtrien noch enger zu schnallen und arbeiten, um hungern zu dürfen. Oder wollte man durch die monatliche Lohnzahlung dokumentieren, was schon so häufig gesagt worden ist, daß man den städtischen Arbeitern genau so gegenüberstehe wie den Beamten? Das ist nicht so. Ten Beamten zählte man am Silvesterabend (der, wie erinnerlich, auf einen Laubtag fiel) ihr Gehalt aus, die Arbeiter durften aber bis zum 2. Januar auf ihre sauer verdienten Pfennige warten.

Eigentlich geht es auch bei der Kontozahlung zu. Es gibt weder Lohnlisten, noch wird quittiert. Der Straßenmeister kommt mit dem Gelde, erklärt: „Sie erhalten so viel und Sie so und so viel und damit basta.“ Auch ist es vorgekommen, daß den Leuten der Lohn in Hausfluren ausbezahlt worden ist.

So traurig wie es mit den Lohnverhältnissen steht, so traurig sieht es auch in anderer Beziehung aus. Arbeitskleidung, wie sie andere Stadtverwaltungen ihren Arbeitern schon längst gewährt haben, sind in Chemnitz noch nicht eingeführt. Ja, man kann sogar behaupten, daß bei Regenwetter die Leute zum Spott der Einwohner herumlaufen. Regnet es, dann sucht sich ein jeder vor der Kasse zu schützen, und da es keine Regenmäntel oder Pelserinen gibt, wird einfach ein alter Sack umgehängt, um so die Kasse etwas abzukalten. Seitens unseres Verbandes wurde die Einföhrung von Pelserinen verlangt. Dies ist auch insoweit eingeführt, als man jetzt zwei Bezirke solche zugesetzt hat. Die übrigen 25 Bezirke warten noch schufällig darauf.

Neuerdings hat man sich aber doch zu einer sozialen Tat durchgerungen, denn man hat Handschuhe geliefert. Der Rat scheint auch zu denken, wenigstens ist doch ein Stückteil vor Kasse und Kälte geschützt.

Es könnten noch eine Menge derartiger Mißstände aufgeführt werden, doch für heute genug. Vielleicht nehmen unsere Genossen im Stadtparlament Gelegenheit, diese Sachen einmal mit zur

Aus der Tiefe.*)

Wir leben noch immer in einem kranken Zeitalter. Mag im Vergleich zu früheren Geschichts- und Wirtschaftsepochen der moderne Kapitalismus immerhin das Höchste an Kultur vertopen, so zeigt sich doch als unläugbare Begleiterscheinung all der wunderbaren technischen und sonstigen Errungenschaften das Massenelend in physischer und geistiger Beziehung. Und es ist schwer zu sagen, was schlimmeres bedeutet: der wirtschaftliche Traid, der den einzelnen Arbeiter zu einer ihm verhassten Fron im Dienste des Kapitalismus zwingt, der ihn wie einen Sklaven an die eintönige, immer wiederkehrende löpfergerührende Tätigkeit in Grube, Fabrik oder Werkstatt bannt bei Strafe des Verhungerns, — oder der geistige Traid durch Schule, Kirche und Staat, der es den einzelnen so schwer macht, sich aus den Fesseln überkommener Vorurteile freizumachen, sich wahrhaft als Mensch zu fühlen, mit anderen Worten: sich eine Weltanschauung zu bilden und am geistigen Leben teilzunehmen. Es gibt in allen bürgerlichen Lagern Vorkämpfer der wunderbar verfeinerten Kultur unserer Zeit, nur verahnt man gar zu gern, daß an dieser Kultur nur relativ wenig teilnehmen, während der breite Fuß der gesellschaftlichen Pyramide — die arbeitenden Massen — leiblich wie geistig darben müssen.

Sozialethiker und selbstromantiker haben den recht zweifelhaften Trost geprägt, die Massen empfinden ihr namenloses Elend nicht so. Aber das ist un wahr! Und wenn wir aus unserem jahrzehntelangen Eigenleben als Proletarier es nicht wüßten — die anschaulichen Schilderungen „Aus der Tiefe“ zeigen uns die Haltlosigkeit solcher Argumente in drastischer Weise.

Die Massenpsychologie liegt noch sehr im arden. Mit drei Monaten „Auch“ Arbeiterkreise ist ebenbürtig gewonnen, wie etwa

mit einer drei- bis vierwöchigen „Wage“, die jüngst — in seinen Reihen — Herr Dr. Erich Franke mit einem Studenten unternommen hatte und die von ihm in Nr. 4 der „Sozialen Praxis“ (22. Oktober 1908) geschildert wird. Der monatelang wirklich walzen mußte, wird bei einem Vergleich die Darstellungen als recht oberflächlich bezeichnen müssen, ohne dem Autor den guten Willen irgendwie abprechen zu wollen. Wie Luganen auch nicht die Verrechnung solcher Experimente. Sie sind eben besser wie nichts und verdienen immer noch den Vorzug gegenüber solcher Urtellen, wie sie z. B. vor einiger Zeit Herrer Kaufmann in der „Hilfe“ (Nr. 11, Jg. 1908) über „Moral der Masse“ äußerte, wobei das fertige Schema das wirkliche Wissen ersetzen muß.

Der Herausgeber der „Arbeitertribüne“ hat im gewissen Sinne einen neuen Weg eingeschlagen, um durch eine sehr weit umfassende, wissenschaftliche Enquete über die sozialpsychologische Seite des modernen Großbetriebes „Beiträge zur Zeelenanalyse weßerer Arbeiter zu beschaffen. Wie er ausdrücklich in der Einleitung betont: die an ihn gerichteten Arbeiterbriefe sind weder von ihm „gefärbt“, noch kommen Ausnahmestaturen zu Worte, sondern es sind lediglich einfache Proletarier, im ständischen barter Arbeit eingepfercht. Wenn trotzdem eine überreiche Fülle feltvoller Arbeiterbriefe an ihn gelangt sind (von denen zunächst nur ein Bruchteil zur Veröffentlichung kamen), so beweist das wieder einmal, wie falsch die landläufige bürgerliche Phrase von dem „kumpfen Dabmleben der arbeitenden Massen“ ist. Es trifft in der Tat zu, was Levenste in in die Worte liebet: „Was da in der Tiefe für wunderbar: Kräfte schlummern, sonnenfähige Menschen, die erkrankungslos von der Tunnis Arbeit aufstehen werden! Wie viel dumpfe Verzweiflung, welche erkrankungslose Hoffnungslosigkeit sich da unten!“

Und ein anderes drängt sich beim Lesen der „Arbeitertribüne“ auf. Fast alle diese im Tod gehaltenen Seelen erbliden ihre Hoffnung im Sozialismus. Meist waren sie zunächst Abtrümmige der christlichen Kirche. Tadel und Darwin brachten

*) „Aus der Tiefe“. (Arbeitertribüne). Herausgegeben von Ad. Levenstein. Morgen-Verlag G. m. b. H. Berlin W. 1909.

Sprache zu bringen. Es gehört ja doch wohl immer eine ziemliche Unverschämtheit dazu, wenn man Familienvätern zumutet, mit 9 bis 11 Mk. auszukommen, und das in einer Zeit, wo alles teurer wird und wo der Winter seine ureigene Herrschaft angetreten hat.

Den Straßenreinigern aber rufen wir zu, sich zwar wie bisher um ihre Organisation zu kümmern und nicht bloß einem Bruchteil der Kollegen die Arbeit für Verbesserung der Verhältnisse zu überlassen. Nützt ihr eure Pflicht der Organisation gegenüber schon früher erfüllt, so würde man euren Forderungen schon längst Nachbarmut getragen und Euch derartiges nicht zugemutet haben!

Salinenarbeiter.

Auf langes Drängen der dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter angehörenden Salinenarbeiter sah sich die löbliche Generaladministration endlich genötigt, zu Weihnachten 1908 an Stelle der längst fälligen Lohnaufbesserung eine „Gratifikation“, die für den einzelnen Arbeiter zwischen 30 und 40 Mk. betrug, zu zahlen. Dabei aber fielen jene Arbeiter, die während des Jahres einmal aussetzen mußten, gänzlich aus, was um so härter empfunden wurde, als bei der Saline außerst niedrige Löhne bezahlt werden. So ist z. B. in Trautstein der ortsübliche Tagelohn auf 3 Mk. festgesetzt, die Saline aber zahlt je nach Rubrik noch 2,20 Mk. pro Tag. Da aber die Lohnabnahme mit dieser immerhin den Charakter eines Geschenkträgers „Gratifikation“ nicht anders der Welt geistlichen war, ja weil die Wertevorstände den anspruchsvollen Arbeitern noch nicht einmal sagen konnten, wie sich die Verhältnisse für 1909 gestalten werden, so wurde am 20. Januar (Generalleiter A. Sebald mit Herrn Landtagsabgeordneten A. Schmitt bei der Sitzung, Generaladministration vorstellig. Dort stellte sich heraus, daß diese auch für 1909 die Aufbesserung in Form einer Gratifikation zu geben geneigt war, nachdem (!) die Wertevorstände in ähnlichen Worten von der Freude der Arbeiter beim Empfang der letzten „Gratifikation“ zu berichten wußten. Doch bejauzten die genannten Arbeitervertreter hier die nötige Aufklärung, so daß man zum Schluß versprach, die Aufbesserung für 1909 in Form einer direkten Lohnerhöhung zu geben, wenn dies einen der Wünsche der in Betracht kommenden Arbeiter sei. Als besondere Gründe führten die Arbeitervertreter an, daß mit einer direkten Lohn-erhöhung eben der Charakter des „Geschenkträgers“ falle und daß dann auch die dienstbaren Arbeiter, die wegen der Unterbrechung der Arbeitszeit bei der Gratifikation leer ausgingen, zum Zuge kommen würden. Auch bei der Berechnung des Krankengeldes und event. auch der Pension würde die „Gratifikation“ für die Arbeiter vom Nachteil sein. Bei dieser Gelegenheit wurden auch verschiedene andere Forderungen vorgebracht, wie z. B. die Arbeit beim Salz veridlich, bessere Ausstattung des Lohnbuches, Wohnungsverhältnisse, Entschädigung des durch die Salzlust sich reich ansetzenden eigenen Werkzeugens usw., und wurde Abhilfe zugesagt. Auch soll

ein neues Formular bei der Berechnung des Lohnes in Verwendung kommen, wenn man sich über den näheren Inhalt desselben im Klaren sei. In zwei gut besuchten Versammlungen der Rodenheimer und Trautsteiner Salinenarbeiter berichtete Gauleiter Sebald über dieses Resultat der mit der Generaladministration gepflogenen Unterhandlungen, über deren Erfolg die Kollegen befriedigt waren. Aber es zeigte sich, daß es wieder einmal die frei organisierte Arbeiterschaft war, die hier für die nötige Klärung und Klarheit sorgen mußte. In beiden sehr gut besuchten Versammlungen, wobei auch mehrere christliche Arbeiter anwesend waren, gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die heute, den 24. Januar, in Rosenheim (bezw. Trautstein) tagende Salinenarbeiterversammlung erklärt sich mit der Lohnhöhung in Form einer Gratifikation nicht einverstanden, sondern wünscht, daß diese Verbesserung in einer entsprechenden Erhöhung des Tagelohnes zum Ausdruck kommt.“

Notizen für Gasarbeiter.

Fernzündung der Gaslaternen. Soweit sich augenblicklich ein Urteil über die Fernzündung der Laternen fällen läßt, sind die Versuche mit einigen Erfolgen - es kommen nämlich eine ganze Anzahl Erfindungen auf diesem Gebiete in Betracht - als einigermaßen zufriedenstellend zu bezeichnen. Jedoch ist dieses keinesfalls zu verallgemeinern. Die Zweckmäßigkeit ist vielmehr nur in kleinen Städten festgestellt worden, während Großstädte von vornherein von einer Einführung abgesehen haben. So wäre es geradezu eine Unmöglichkeit, Großstädte wie Berlin, Hamburg, Breslau usw. durchgängig mit solcher Fernzündung zu versehen. In kleineren Städten, wo vielleicht mit einer Gesamtzahl von 2000 bis 3000 Laternen gerechnet wird, läßt sich eine solche Einrichtung wohl einführen, hingegen wären in den großen Zentren, der räumlichen Ausdehnung des Gasrohrnetzes wegen, wesentlich höhere Trüchtereigerungen bei der Anzündung notwendig, die Gefahren mit sich bringen, denen der Verbilligung durch Fernzündung ein Nebenwand von Mühsäßen usw. gegenübergestellt werden würde. Als erscheinend tritt aber auch hierbei die Verbilligung der Gasrohre durch Kaphtalin in den Vordergrund. Schon jetzt sind in manchen Großstädten durch die Größe des Rohrnetzes und dem notwendigen größeren Druck Reinigungen der Rohre in nächster Umgebung der Gasfabriken des öfteren vorzunehmen. Bei jeder größeren Trüchtereigerung würde aber das Rohrnetz durch das Kaphtalin und die damit verbundene Verengung der Gasrohre bedingt sein und damit eine öftere Reinigung dieser Ausgangesstellen nach sich ziehen. Jeder Radmann weiß aber zu beurteilen, welche Kosten solche Arbeiten erfordern und daß damit die Erparnis nicht reichlich wieder aufgewendet werden. Schon aus diesem Grunde steht der Fernzündung in den Großstädten kein großes Feld offen. Es sind freilich in einer Anzahl Städte Versuche mit der Fernzündung gemacht worden und sie haben in Klein- und Mittelstädten auch zufriedenstellende Resultate gezeigt. In allen

über naturwissenschaftliches Denken. Damit zog unabweisbar auch bald der Gedanke der gewerkschaftlichen wie politischen Organisation bei ihnen ein und war nicht mehr zum Verloren zu bringen trotz all der schweren Not und Küm, die zum Teil über den einzelnen hereinbrach infolge keiner organisierten Faktionen. . . .

Wer das Gewerkschaftswesen in seiner ganzen menschenmordenden Tendenz und Brutalität kennen lernen will, wer ferner die Wirkungen der übermenschlichen Anforderungen, des Alkohols in padenden Höhen darzulegen sehen will, der lese diese Briefe. In jederzeit diejenigen des Bergarbeiters Lob. Wir möchten am liebsten ganze Partien der Briefe hier veröffentlichen, wenn das möglich wäre. So beschränken wir uns auf ein wenig Bruchteil der Schilderung einer Arbeiterschaft unter Tage.

Ein gefüllter Kohlenwagen ist den Bergwerk hinabgeschafft und hat sich im Förderloch feststemmt. Die Zählung steht ein, wie es endlich gelang, ihn wieder frei zu bekommen. . . .

Der Regen ob jetzt den belächelten Mänteln nach und sich halb quer wegen der Enge des Mannes über die Schenken. Aber gleichzeitig mit dem Fall schrie der Erste: „Ar, 1 freitend auf und drehe sich vor Schmerz wie ein Meinel um sich selber, die Hände unter die Achselhöhlen drücken.“

„Was ist los, was ist passiert, o Jesso!“ rief das Dackelmaier und drännten sich um den vor Schmerz Verwundenen.

Alle drängten vor Hitze und Erregung und mit tief der Schweiß, in den Schenken hinein. Schließlich, als alles noch ratlos um ihn herumstand, rief ich dem Zählung zu:

„Bravo, Bravo mal nach die Gehäufte hinten und hol mal das Verbandzeug, was ich damals dargeliefert hatte, aber schnell, schnell.“

Mittlerweile war auch der Verletzte so weit zu sich gekommen, daß er anzuheben konnte, was denn passiert sei: er hatte sich von dem rechten Zeigefinger das Nagelglied statt abgetrennt. Als wir mit

dem Verbandstoff nordring die verletzte Hand umwickelt hatten, ging er vor Schmerz jammern und mit ihm ein Mamerad von feiner Partie zum Schacht, um auszuhelfen. Wieder eine Ziffer mehr der Tausend und aber Tausend im Bergbauern Verletzten. Auf solchen unglücklichen Stunden müssen wir den Hospitalproben den Goldregen berechnen lassen,“ bemerkte ich erheitert zu den noch unerschrocken Tausenden. Alle nickten. Sie warteten. Nach einem kleinen Hin und Her von schmerzlichen Bemerkungen gegen über dem Unfall durch die Tagelöhner dieser Erdenmatten stumpte ich bei uns das 15. mal des Meinel's darunter ab, gings an die Beheranung des Fördermaierenterrasses. Mit Hilfe des Graben-schloßers war um 4.10 Uhr alles wieder im richtigen Gange. Wir hatten neben der Luuleter, die uns gar nichts einbrachte als schließ- lich noch ein drittes Gehüll vom Steiger, einen Lohnausfall von mindestens 6-7 Bagen, welche rauszubringen wir mit dem besten Willen nicht mehr imstande waren.

„Na, da wollen wir mal ein Putzen (Prot eben), nachher uns aber endlich die Sachen kühnen, meinte ich, als wir uns auf die Gezakhten niederknieten und jeder sein Brot und seine stauffelische nahm.“

„Ach mit ja, nachher zur Schacht aufs ja Moneten, da kommt man ja auf den Schacht einen Leuten, einen solchen Schoppen wenigstens.“ sagte Witmer mit einer Spitze, welche auf Kaiser gemaunt war.

Mit Zuck folgt man Mäuse und mit Schnaps Vergleiche, er- luderte Fortes.

„Kun, den Zuck könnte man auch noch brauchen, wenig genug bekommt man ja davon, nicht mal auf der Raupenmüllchen hat man was davon. So als halt schon,“ entgegnete Witmer hina.

„Ach will mal sauen,“ mischte ich mich ein, „du läßt dich für den Schnaps Zuck taufen, Bruno, es wäre doch immer der bessere Teil. Klar wahr?“

„Kun nehste, Max lauts dir schon,“ plädierte der Schächter mir zu.

Großstädten ist man jedoch, mit Ausnahme derjenigen, die eine Probefrist von einigen hundert Laternen einrichten ließen, von dem Weiterausbau dieses Projektes abgekommen. Eine Aenderung steht auch nur dann bevor, wenn an diesem System noch Verbesserungen erfolgen, die alle sonst entstehenden Mehrkosten von vornherein ausschließen.

Gaswerke Berlin. Ende Februar voraussichtlich finden in allen Gasanstalten die Neuwahlen für die Arbeiter-Ausschüsse statt. Mit der erforderlichen Einigkeit unter den Kollegen muß es gelingen, daß nur organisierte Kollegen unter Beteiligung jedes einzelnen Kollegen gewählt werden. Reiche Arbeit steht auch den neuen Arbeiterausschüssen bevor. Noch ungezählt sind die Beschwerden, besonders betreffend ungenügender Fürsorge für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Die ungeheuer hohen Krankheits- und Unfallziffern müssen herabgedrückt werden. Um das zu erreichen, muß erstrebt werden, den Arbeiterauschüssen mitgliedern das Recht einzuräumen, die Beachtung der Unfallvorschriften zu kontrollieren. Dasselbe trifft auch zu bezüglich der hygienischen Einrichtungen, Unterkunftsräume, Lazarettanlagen usw. Hierbei dürfen sich unsere Kollegen im Arbeiterausschuss aber nicht von dem Gedanken leiten lassen, dem feinerzeit die Direktion Ausdruck gegeben. Sie verfuhr nämlich, daß bei Besichtigungen der Gaswerke auch die Wohlfahrtsanstaltungen, wozu insbesondere die Arbeiterkassen gehören, zu zeigen sind. Solange noch einfache Selbstverpflichtungen als „Wohlfahrtsanstaltungen“ gepriesen werden, bleibt es ja auch erträglich, daß wirksame Maßnahmen vorbeugender Natur gegen Enttarnungs- und Unfallgefahr nur gegen den Widerstand der Verwaltung durchgeführt werden können. Doch in einer Bestwerbe, die die Kollegen erheben, dürfte die Verwaltung wohl ein Einsehen haben. Die Verursachung löst der Verwaltung ja auch keinen Pfennig, bedeutet vielmehr noch Ersparnis an Schreibarbeit. In den Fällen, wo die Bureaus der Vertriebe geschlossen, wird gewünscht, daß bei Enttarnungen der Medizinschein sofort von dem Gasmeister angekehrt wird. Heute bekennungen die Gasmeister nur, daß sich der Arbeiter beim Gasmeister krank gemeldet. Entweder wartet nun der Arbeiter gleich vielleicht stundenlang darauf, bis das Bureau geöffnet, oder die Frau des Arbeiters muß Zeit und Geld verbrauchen, um nur erst den Medizinschein erhalten zu können. In beiden Fällen wirkt diese bürokratische Maßnahme schädlich und muß eher heute wie morgen beseitigt werden. Vielleicht erinnert sich die Direktion, daß sie bei Enttarnungen im Vertriebe schnelle Hilfeleistung zugesagt hat. Dazu gehört auch, daß man einen kranken Arbeiter nicht stundenlang auf den Medizinschein warten läßt.

Mainz. Die Generalversammlung der Sektion Gasarbeiter, welche im „Goldenen Pfälz“ stattfand, hatte einen guten Verlauf zu verzeichnen. Aus dem Jahresbericht, den der Vorsitzende erstattete, war zu ersehen, was für eine Tätigkeit die Kollegen im vergangenen Jahre entfaltet haben. Gewerkschaftlich organisiert sind wir im Gaswerk II zu 99 Proz., dagegen die Kollegen im Gaswerk I nur zu 48 Proz., was sich hoffentlich im neuen Jahre bessern wird.

Bücher schreiben. Er möchte wohl die Nichtigkeit meiner Worte fühlen. Ja, bemerkt jedoch die kurze Besprechung, um einige Anmerkungen zu den Dingen meiner Kameraden zu sagen. Weiß ich doch, daß sie mir gerne zuhören.

Du hast mir schon einmal gesagt, Bruno, daß du den Anfall nicht des Gleichmutes wegen trinkst, er wäre dir im Grunde genommen zwecklos, und daß er den meinten zuwider ist, nicht du doch an den Germanen, welche die Schnapstunke ich erden, wenn sie das Betäubungsmittel herunter schütten, allemal schütteln sie sich, und ich meine, was ich nicht mit Wohlbehagen trinke, das kann ich doch sein lassen. Warum trinkst du ihn denn? Du mußt doch bedenken, daß der Schnaps nur eines der Mittel der uns lebererhebenden Klasse ist, um den Arbeiter in dem unheiligen, verdummten Anfall zu halten, denn das ist doch festgestellt, daß der gewöhnliche Schnapstunke eine durchaus politische so gut wie gewerkschaftlich launische Figur abgibt. Ihnen fehlt der Sinn für ernsthafte Arbeit und sie bleiben gewöhnlich, wenn sie sich am öffentlichen Leben beteiligen, Heulende Mannstücker. Ja, meine, wenn die Kartoffel und der Mehl, wovon der Anfall doch destilliert wird, dem Volke als das gegeben würde, was sie sind, nämlich als Nahrungsmittel, dann wäre eine ungeheure Menge Lebensmittel zwecklos angelegt. Wer hat denn den Nutzen davon, daß diese Schnaps getrunken wird, kein anderer als die unterliche oder agrarische Schnapsvermehrung, die im Reichstage oder in dem preussischen Hausparlament nichts mit uns zu tun haben wollen, die uns dort nicht kennen und alle Gesetze zu unsern Ungunsten aufstellen, und dann die Werte, auch so Werte, die wohl gern haben, daß die Arbeiter recht viel von dem Alkohol, den sie ansaugen, verfügen. Damit sie ihre Notkräften ihm überlassen, wenn aber die Arbeiter mal um ihre Seele bitten, um Versammlungen abzuhalten, dann zucken sie stumm mit den Achseln oder machen lächerliche Ansätze, aber ihre Konsistenz bekennen man gewöhnlich nicht. Du siehst wohl, von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, schädigt jeder Arbeiter, der Schnaps trinkt, seinen ureigensten

Auch in politischer Hinsicht fängt es an zu dümmern bei unseren Kollegen. Die Lokalkasse der Sektion wurde von 2 Revisoren geprüft und für richtig befunden. Die Neuwahl des Sektionsvorstandes ergab folgendes Resultat: Winterbeimer 1. Vorsitzender, Probst 2. Vorsitzender, Franz, Schriftführer, Michel und Kern Revisor. Im Punkt „Beschiedens“ bewiesen einige Kollegen, daß tatsächlich Mißstände in beiden Werken bestehen. Aber an den meisten Mißständen sind die Kollegen selbst schuld, was ja ein Beamter bestätigt hat. Als bei ihm einige Kollegen Beschwerden über Mißstände vorbrachten, gab er die Erklärung ab: Er habe Respekt vor ihnen. Es gebe aber viele, die bloß die Faust in der Tasche machten und hinterherum schimpfen. Das angeführte Beispiel mögen sich die Betroffenen merken. Bei den Ausschusswahlen wurden unsere sämtlichen Mandatanten gewählt, was für uns ein neuer Fortschritt bedeutet.

Mariendorf. Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse führt die Verwaltung der Gasanstalt einzuführen. Eine direkte Lohnherabsetzung bedeutet die kürzlich verfügte Entziehung des Jahrgeldes, obwohl solches seit Bestehen des Werkes den auswärtig wohnenden Arbeitern vergrünet wurde. Die Höhe der Entschädigung beträgt je nach der Entfernung 30 bis 70 Mk. im Jahre. Die Entziehung bedeutet für die Arbeiter einen schweren Verlust. Und das geschieht, obwohl bei Verlegung des Wertes Herr Direktor Mörting den aus Berlin verlegten Arbeitern auf ihre Anfrage erklärte: „So lange ich auf dem Werke bin und regiere, wird Ihnen das Jahrgeld nicht entzogen.“ Der Herr Direktor scheint bei Erlass seiner Verfügung kein früher gegebenes Versprechen vergessen zu haben.

Aus den Stadtparlamenten.

Burg b. Magdeburg. Kapitalistischen Geplagenheiten huldigt der hiesige Magistrat. Bei einer Debatte über die Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter mußte sich der sozialdemokratische Stadtrat gegen eine Herabsetzung des Magistrats werden. „Daß eine Lohnerhöhung für die Laternenwärter deshalb nicht vorgenommen sei, weil das Angebot zu diesen Arbeiten ein großes sei.“ Die Bürgermeister und Stadtratspoliten sind bekanntlich auch begabte Artikel. Wie war's, wenn man dort auch immer den gleichen Grundsatz walteten ließ?

Kürth i. S. Das Gemeindefolkium hat hauptsächlich durch Abnahme bei den Ausgaben die Gemeindefinanzen für 1909 von 160 auf 155 Proz. herabgesetzt und trotzdem den Reservefonds noch um 13615 Mk. erhöht, um den städtischen Beamten, Bediensteten und Arbeitern eine größere Aufbesserung bewilligen zu können. — **Warten!**

Markterbe. Die nach dem früheren städtischen Arbeiterstatut für das Jahr 1908 den städtischen Arbeitern noch zu bewilligenden Jahresbeihilfen im Gesamtbetrage von 49837,74 Mk. wurden vom Stadtrat zur Auszahlung angewiesen. Als ständige städtische Arbeiter mit dem Recht auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenver-

Interessen. Aber auch noch eins, und der wohl auf wichtigste Punkt, den ich nicht übersehen will, kommt hier noch mit in Betracht. Bedeutend traurig ist es anzusehen, wie das berlichste Naturprodukt, das man Mensch nennt, auf das schweblichste Niveau des Tieres herabstinkt, wenn die Dämonengewalt des Alkohols ihn überherrscht. Und soll denn gerade der Arbeiter, der Fundamentboden der ökonomischen Struktur, sich unter diesem Vorwurf innen Gefressen fühlen? Mit wem? Darum manni gegen dieses Ungeheuer unserer Körperlichen und seelischen Menschlichkeit. . . .

Die einzelnen Phasen der Arbeitskraft sehen sich noch viele Seiten fort und erweisen zeitweilig fast die plattische Wirkung des kolonialen „Germinal“ (davon wir vor einiger Zeit ebenfalls einen Heinen Auszug gaben).

Sind nun zwar auch andere Preise von minder wirkungsvollem Charakter in der Sammlung enthalten, so läßt sich doch von dem ganzen sagen, daß hier ein Stück Leben gekennzeichnet ist. Mehr noch. Das Elend des heutigen Industrie-Proletariats kann kein Zoologe, kein Dichter, kein Dramatiker so grauenvoll schildern, als es zum Teil diese schlichten wahrheitsgemäßen Aufzeichnungen der darunter leidenden Arbeiter selber tun. Wir nehmen natürlich an, daß der Herausgeber die Veröffentlichung der Preise im Zusammenhang mit den beteiligten Preisrichtern vorgenommen hat, anderenfalls müßte man von einem groben Vertrauensbruch sprechen.

Dem Ende ist jedenfalls die weiteste Verbreitung auch in unseren Kreisen zu wünschen, denn es wird — ohne daß dies schon jetzt wäre — weiter dazu beitragen, die Schere der „Anzugtenden“ zu vermindern, die Schere der denkenden und kämpfenden, den Sozialismus herbeiführenden Klassenbewußten Arbeiter.

E. D.

forquand) wurden 32 Arbeiter auf 1. Januar d. J. angestellt. Die Zahl der „ständig“ angestellten Arbeiter ist damit auf 262 gleich 23,82 Proz. aller städtischen Arbeiter gestiegen. Im Jahresverlaufe wurden seit dem Jahre 1899, dem Zeitpunkt der Einführung dieser besonderen Vergütungen, insgesamt 361 201,13 Mk. an die städtischen Arbeiter bezahlt. Vom 1. Januar d. J. werden sie dem Tagelohn zugeschlagen und mit diesem ausbezahlt, wie wir femerzeit berichten. — Das übrigens nicht einmal der vierte Teil aller städtischen Arbeiter „ständig“ ist, beweist wieder einmal, daß wir uns ganz energisch gegen diesen Mißbrauch wenden müssen!

München. Der im Februar 1879 verstorbene ehemalige Bürgermeister Maier von Steinsdorf hat letztwillig verfügt, daß aus seinem Vermögen zugewiesen werden sollen 5000 Mk. dem Verein zur Unterrichtung kranker und erwerbsunfähig gewordener städtischer Arbeiter, 20 000 Mk. der Stipendienstiftung für Söhne und Töchter Bediensteter der Stadtgemeinde München und 40 000 Mark der Pfändnerstiftung für nicht mehr dienstfähige Diensthofen in München. Die kürzlich verstorbene Gattin des ehemaligen Bürgermeisters, nach deren Tode das Testament jetzt geöffnet wurde, hat diesen Legaten noch hinzugefügt 1000 Mk. zur alljährlichen Christbescherung im Städtischen Waisenhaus, und 2500 Mk. ebenfalls für das Waisenhaus, zum Grabwiederankauf und zur Grabsteinumgebung. Die Stiftung wurde in der letzten Sitzung des Magistrats unter dem Ausdruck des wärmsten Dankes angenommen.

Münchberg. Ein unbekannter Mitbürger stiftete 75 000 Mk. zur Unterhaltung städtischer Angestellter bei Krankheit und Tod.

Meinisdorf. Die zehnprozentige Mürzung des Tagelohnes der Gemeindegewerkschaften ruht ruhig weiter. Es wäre wünschenswert, daß endlich die im Interesse der Arbeiter gefassten Beschlüsse durchzuführen würden. Verhältnisse führen die Manufakturbeiter, daß ihnen bei den Nachwachen trotz der bitteren Mälte die Unterhaltung eines Feuers unterjagt wird. Sehr willkürlich und rigoros ist auch in diesem Betriebe die Entlohnung der Arbeiter. Wohl besteht für die Manufakturbeiter ein Stundenlohn von 10 Pf., doch erhalten sie für die stündige Nachwache nur 3,50 Mk., oder pro Stunde 25 Pf. Im Wälderwerk wird darüber Mälte gefahrt, daß den Arbeitern bei Wetterungen des Personals diese Heberarbeit, die oft bis sechs Stunden beträgt, überhaupt nicht bezahlt wird.

Aus unserer Bewegung.

Berlin. Die Bibliothek der Zentrale hat wieder eine erhebliche Ausgestaltung erfahren, so daß sie jetzt rund 1000 Bände umfaßt. Neben einer guten Auswahl belletristischer und schöner Literatur von namhaften Autoren befinden sich darunter Werke über Kunst, Wissenschaft, Geschichte, Rechtspflege, Politik usw. Es ist somit dem noch Weiterbildung Strebenden reichlich Gelegenheit dazu gegeben. Ein Katalog wird jedem Leser erstmalig kostenlos ausgehändigt. Die Ausgabe der Bücher erfolgt außer Sonntags täglich von 11—1 Uhr vorm. und Mittwochs von 6—8 Uhr abends im Bureau der Ortsverwaltung, Engelstraße 11 IV, Zimmer 81.

Berlin. Die Markthallenarbeiter hielten am 25. Januar ihre Generalversammlung ab. Es war die erste nach dem wieder erfolgten Anschluß an den Verband. Moll, Perköly gab den Bericht über die Tätigkeit im vergangenen Jahr. Darauf eingehend, wie die Zentrale sich 1908 absonderte, schildert er die erfolgreiche Arbeit in der damaligen freien Vereinigung. Dem Verstreuen einiger Kollegen, wieder Anschluß an die Zentralorganisation zu haben, trösteten die Führer der „freien Vereinigung“ Widerstand. Die uncharakterlose Art, wie mit einigen Kollegen in der „freien Vereinigung“ umgegangen worden war, schlug dem Ruffe den Boden aus. Im vorigen Jahre schloßen sich 7 Kollegen als Zentrale der Markthallenarbeiter dem Verbande an. Allen war das Hauslein und groß die Hindernisse. Doch Verschönerung und Opferwilligkeit führten zu einem schönen Aufschwunge in der Zentrale. Der „Berein fiesch“ wurde bei den Wahlen zum Arbeiterausschuß aus dem Felde geschlagen. Die Verbearbeit in der Nebenorganisation und durch 6 allgemeine sowie mehrere Hallenversammlungen brachte unsere Zentrale auf einen Bestand von 71 Mitgliedern. In die Zentralsektion wurden gewählt: als Obmann Werckh, Reiser als Stellvertreter und Pünzel als Schriftführer, Moppenlagen als Mitglied der Agitationskommission und die Moll, Arriß und Hellmann als Vertrauensmänner. Einige Beschwerden in der Zentralmarkthalle sollen in einer besonderen Hallenversammlung hypodien und dem Arbeiterausschuß überwiesen werden. Der Obmann schloß die Versammlung mit dem Wahnsinn, rümmen zu räumen der Unterbreitung und dem Ausbau unseres Verbandes.

Berlin. Die Versammlung der Manufakturarbeiter fand am 16. Januar 1909 im Lokale „Arbeits“, Traugottstraße 15, statt. Die Wahl der Zentralsektion ergab folgendes Resultat: 1. Zentralsektion: Ernst Schöder, Seestr. 69/2; 2. Zentralsektion: Paul Jahn, Wilmersr. 1; Schriftführer: Carl Reich, Minderl. Weststr. 20; Sekretär zum Ehrenamt: Ver-

waltung: Franz Wücker, Fruchtstr. 6/7; Obmann der Arbeiterausschüsse: Schellin, Westertorstraße 51; Erbkamm des Obmannes: Dämmerling, Westertorstraße 15. — Die drei nachstehenden Arbeiterauswahlanträge wurden einstimmig für die Weitergabe an die Zentrale bestimmt: 1. Die Durchführung der Urlaubsordnung des Magistrats vom 3. Mai 1907. 2. Auszahlung der im städtischen Haushaltetat bewilligten Lohnzulagen vom Geltungstage desselben ab. 3. Bezahlung der Kontrollerversammlungen. — Es wurde beschlossen, für zwei hilfsbedürftige Kollegen je eine Sammelliste anzufertigen zu lassen.

Breslau. Am 19. Januar fand die Generalversammlung der hiesigen Zentrale statt. Als hauptsächlichster Punkt stand die Berichtserstattung des Vorstandes zur Tagesordnung. Im allgemeinen war nach dieser Richtung kein erfreuliches Resultat zu geben. Den Eintritt standen Austritte in ziemlich gleicher Höhe entgegen, so daß eine wesentliche Veränderung im Mitgliederbestande nicht zu verzeichnen ist. Die Stagnation, welche eingetreten, findet aber zum Teil ihre Begründung in dem derzeit erlassenen Agitationsverbot des Magistrats. Während es früher möglich war, auf die Kollegen auch in den Werten ausfindig zu werden, ist diese Agitationstätigkeit jetzt auf ein Minimum herabgedrückt worden. Die deshalb angeordnete Entlassung schreift eben die Kollegen von ihrem Vorhaben ab. Hinzu kommt, daß man in einzelnen Betrieben eine rege Agitation für Unterrichtsleistungen, genannt „Schärpenlassen“ entfaltet hat. Die Propagierung dieser Institution wird im großen betrieben. Trotzdem ist es aber nicht gelungen, uns das Wasser abzurufen; ebenso wenig wie durch die Maßregelungen im Frühjahr der Organisation wesentlich Abbruch getan werden konnte. Der wunde Punkt in der Indifferentismus unter den städtischen Arbeitern. Ein freundliches Wort des Vertrauensmännchen löst bei den Kollegen oftmals schon die Hoffnung aufkommen, daß nun in alle Ewigkeit für sie bestens gesorgt sei. Die bevorstehende Etatsberatung im Stadtverordnetenkollegium wird aber auch wohl den bestgläubigsten Kollegen hierüber zu einer anderen Meinung kommen lassen. Die finanziellen Verhältnisse haben sich im Laufe des Jahres wesentlich gebessert. Während am Schluß des Jahres 1907 ein Vermögensbestand von 461 Mk. zu verzeichnen war, hat dieser am 31. Dezember 1908 die Höhe von 866 Mk. erreicht. Trotz dieses Zuwachses und aber wesentliche Beträge an die Mitglieder durch die Unterstützungsrichtungen zurückgeschloßen. So wurden unter anderem im Berichtsjahr 660 Mk. an Sterbegeld, 1301 Mk. an Kranken- und Arbeitslosenunterstützung und 151 Mk. an Wohnraumunterstützung gezahlt. Zur Unternehmung der im Frühjahr gemächelten Kollegen wurden 286 Mk. angewendet. Zwerfelöhne ist mit diesen Beträgen manne Wunde geheilt worden. Dem Vorstand wurde für seine tatkräftige Taut gezollt. Die Wahl des Vorstandes ergab die Wiederwahl der alten Kollegen mit Ausnahme zweier bisher im Vorstande tätiger Personen. Die weiteren Punkte der Tagesordnung behandelten interne Verbandsangelegenheiten.

Dresden. Die Zentrale hielt ihre Generalversammlung am 29. Januar ab. Der Besuch konnte besser sein. Kollege Wischn ergrüßte und erläuterte den gedruckt vorliegenden Jahresbericht. Der Massenbericht läßt erkennen, daß die Krise auch in unserer Bewegung sich bemerkbar macht. An Erwerbseinkünften waren im ganzen 13 996 Mk. auszusahlen. Die Jahressumme beläuft sich auf 33 598,80 Mk. Die Jahresausgaben betragen 31 078,37 Mk. Davaus ergibt sich, daß sich der Mittelbestand von 8211,81 Mk. am 31. Dezember 1908 auf 7732,27 Mk. vermindert hat. Der Mitgliederbestand ist 1521, das sind 22 mehr gegen das Vorjahr. Die Revisionen bestätigten die Wichtigkeit der Rechnungslegung. Die vorgenommenen Wahlen ergaben die Wiederbestätigung der bisherigen Verwaltungsmittelglieder und, mit einer Ausnahme, auch der Revisionen. Beschlossen wurde gegen 16 Stimmen die von der Verwaltung vorgeschlagene Beitragsleistung zum „Volkshaus“. Jedes Mitglied hat demnach jährlich einen Beitrag von 50 Pf. in einer Kündenscheine zu entrichten. Zum weiteren Ausbau der Bibliothek werden wiederum 200 Mk. bereit gestellt.

Köln. Dem Tätigkeitsbericht über das verfloßene Jahr entnehmen wir das folgende: Der Besuch der Versammlungen war in diesem Jahre besser als im vorherigen und im allgemeinen als gut zu bezeichnen. Im Februar schloßen wir uns dem hiesigen Gewerkschaftsverband an. Am 1. April erfolgte die Vortreibung von Stuttgart, um eine eigene Zentrale zu gründen. Der Hauptgrund hierzu war, daß die Interessen der hiesigen Kollegen in den Versammlungen in Stuttgart für uns nicht so gewahrt werden konnten, als wenn wir für uns, allem hind; femer ist die Arbeit am Ausbau des Verbandes eine freudige, wenn auch einige Geldmittel am Ort zur Verfügung stehen. Leider konnten im abgelaufenen Jahre Zillkasting und Arbeiterausschuß nicht arbeiten wie es notwendig war, weil durch den bekannten Protest der bürgerlichen Gemeindevertreter gegen die Arbeiterordnung wir gewissermaßen zur Untätigkeit verurteilt waren. Hoffentlich wird diese Angelegenheit durch das Ministerium, welchem die neue Arbeiterordnung vorgelegt ist, zu unserer Zufriedenheit ausfallen. — Ferner wird die Zillkasting das Besondere nachholen und mit

um so größerem Eifer für die städtischen Arbeiter zu erreichen suchen, was irgend möglich ist.

Freiburg i. Br. Die jährliche Generalversammlung der Filiale fand am 16. Januar bei Geigele statt und erstreckte sich eines zahlreichen Besuchs. Der Vorsitzende stoll. Hoffmann gedachte der verstorbenen Kollegen, deren Andenken in üblicher Weise geehrt wurde. Gausleiter Bürker gab hierauf einen Überblick über die Entwicklung der Filiale und deren Tätigkeit im abgelaufenen Jahre, dem das folgende zu entnehmen ist: Die Filiale Freiburg wurde im Februar 1904 gegründet. Seither hat sie sich langsam aber stetig entwickelt. Ende 1906, nachdem die Arbeitslosigkeit frisch in Kraft getreten war, betrug die Mitgliederzahl 136, der Massenbestand 531 Mt. Damt plante die Bewegung etwas ab. Die Mitgliederzahl betrug Ende 1907 125, der Massenbestand 553,41 Mt. Ende 1908 hatte die Filiale mit 138 Mitgliedern und 603,44 Mt. Massenbestand den höchsten Stand erreicht. Abgehalten wurden 12 Mitglieder- und 3 öffentliche Versammlungen und circa 15 Vorstandssitzungen. Die Ende 1907 eingereichten Eingaben betreffs Abänderung der Arbeitsordnung und für das Theaterpersonal wurden vom Stadtrat unterm 27. Januar v. J. auf später beschieden. Im April entstand infolge der ungenügenden Bezahlung im Gaswerk eine heftige Inzufriedenheit. Infolgedessen wurde den nichtständigen Hofarbeitern der Lohn etwas erhöht. Eine Abordnung begab sich zum Oberbürgermeister. Dieser empfahl, die Frage der Achtstundensicht, Verbesserung der Standigmachung usw. durch den Arbeiterausschuß einzureichen und sicherte gleichzeitig eine objektive Prüfung der Sachen zu. Der Antrag wurde im Juni eingereicht. Antwort kam keine. Es sei nur noch soviel gesagt, daß die Stadt Freiburg von ihrer einst führenden Stellung unter den badischen Städten gänzlich abgekommen ist und nehezu an die Stelle der früher als reaktionär vertriebenen Stadt Karlsruhe zu treten droht. In verschiedenen Betrieben herrschen krasse Mißstände, hauptsächlich bei der Straßenbahn und den dortigen Werkstattarbeitern. Die Lohnverhältnisse usw. sind überall ungenügend und stehen nicht mehr mit den berechtigten und notwendigen Bedürfnissen im Einklang. Dies ist indes nicht besonders verwunderlich, denn die Gleichgültigkeit der städtischen Arbeiter übersteigt alle Grenzen. Fürs Treibhausamt waren einige Betriebsversammlungen in der „Neuen Welt“ eingearbeitet. Die Kollegen aber vertrieben sich lieber borm in der Wirtschaft ihre Zeit. Dem Arbeitervertreter der Gärtner wurde nahegelegt, sich um das Zustandekommen einer Versammlung der Gärtner für das Gärtnerpersonal mit anzunehmen; aber nicht einmal eine Antwort wurde auf das Schreiben gegeben. Die Arbeiter und das Personal vom Friedhof, Abfuhrwesen, Domänenverwaltung, Schlachthaus kümmern sich nicht im mindesten um die Verbesserung ihrer Lohnverhältnisse, sondern schimpfen bloß bei Gelegenheit und im Wirtshaus mächtig über die faulen Zustände. Die Straßenbahner fühlen sich für zu gut in einen Arbeiterverband und leisten lieber Sünner. Das muß anders werden. Mindestens 400 von den 600 städtischen Arbeitern müssen dem Verband beitreten, dann werden auch andere Zustände erreicht und zu erreichen sein. Den Massenbericht gab stoll. Trudze. Er zeigt folgendes Bild: Einnahmen der Hauptkasse 1896,20 Mt., Ausgaben der Hauptkasse: Sterbeunterstützung 50 Mt., Krankenunterstützung 246 Mt., an den Hauptbestand überwiesen 1102,25 Mt., Lokalkasse: Einnahmen 1196,02 Mt., Ausgaben einschließlich Unterstützungen 592,58 Mt., bleibt Massenbestand 603,44 Mt. Die Mitgliederbewegung ergibt nach Zurechnung aller Abständigen eine Zunahme von 12 Mitgliedern. Die Neuwahl ergab: Hoffmann, erster, Martin, zweiter Vorsitzender; Trudze, erster, Derer zweiter Stimmer; Reiter, erster, Buchter, zweiter Schriftführer; Bertling, Pießer, Winterhalter, Weber, Jägle, Golder als Revisor und Vertrauensmänner; Arnold, Stoffel und Ruf, Revisoren. Zum Schluß ernannte der Vorsitzende die Reingewählten, ihre Pflicht zu tun und legte den Mitgliedern ernsthaft nahe, mehr wie bisher ihrer Versammlungspflicht und Beitragsleistung, sowie der Agitation für den Verband nachzutun.

Marktsruhe. Unsere Filiale hielt am 23. Januar in der Reitation „Zu Aronenhalle“ ihre Generalversammlung ab. Das abgelaufene Geschäftsjahr war ein ziemlich arbeitreiches. Abgehalten wurden 14 Mitglieder-, 11 Betriebs- und 3 öffentliche Versammlungen. Außerdem haben 12 Auszubildungen stattgefunden. Auch der Mitgliederstand ist von 151 am Jahreschluß 1907 auf 206 am Jahreschluß 1908 gestiegen. Er beträgt jetzt 314 Mitglieder; ein Zeichen, daß alle Kollegen ihre Pflicht und Schuldigkeit getan haben. Dem Kassierer sowie dem gesamten Filialverband wurde Fedarge erteilt. Bei den Vorstandswahlen wurden stoll. A. Marcher zum 1. Vor., A. Lorenz 2. Vor., W. Led Kassierer, A. Göckl 1. Schriftführer und A. Putsch zum 2. Schriftführer gewählt. Die Kollegen A. Abenthal, J. Meatt und G. Moin wurden als Revisoren gewählt. Wegen die Kollegen auch in diesem Jahre ihre Pflicht der Organisation gegenüber tun, damit der Gemeindeförderverband den ihm gebührenden Platz einnehmen kann an der Seite der Marktsruher organisierten Arbeiterkassier. Die Lösung aller Kollegen sei: „Auf zur Agitation!“

Köln. Unsere Verwaltungsstelle hielt am 24. Januar b. J. ihre Generalversammlung im „Boltshaus“ ab. Den Jahres- und Massenbericht erstattete Kollege G. Schäfer. Die Einnahmen und Ausgaben betragen 9542,17 Mt. Der Massenbestand erhöhte sich von 197,57 Mt. auf 607,62 Mt. Unter den Ausgaben sind Streitunterstützung 170 Mt., Arbeitslosenunterstützung 42,02 Mt., Sterbeunterstützung 280 Mt., Krankenunterstützung 731,86 Mt., Unterstützungen durch die Lokalkasse 198,22 Mt., zusammen 1662,10 Mt. Der Mitgliederstand erhöhte sich von 423 auf 523, davon gehören 23 der Zahlreiche Müllheim an, die im Berichtsjahre neu gegründet wurde. In den Vorstand wurden folgende Kollegen gewählt: 1. Vor. Hr. Neumann, Kassierer E. Lehnen, ferner A. Gläß, W. Kuppers, W. Gemünd, W. Meyer und H. Köllten, G. Dreißel und F. Adams. Gegen den Vorsitzenden, Kollegen K. Neumann, waren zwei anonyme Schreiben beim Vorstand eingelaufen, deren Inhalt dazu angetan war, den Betroffenen schwer in seiner Ehre zu treffen. Die Versammlung nahm einstimmig folgende Resolution an: Die Generalversammlung spricht dem stoll. Neumann ihr volles Vertrauen aus. Sie weißt die gegen ihn in anonymen Briefen erhobenen nicht erweisbaren niederträchtigen Anschuldigungen energisch zurück.

Kiel. Am 17. Januar fand im „Gewerkschaftshaus“ unsere Generalversammlung statt. Die Jahresabrechnung wurde in gedruckten Formularen verteilt. Der Kassierer, stoll. Kühr, gab die Abrechnung vom 4. Quartal. Die Gesamteinnahme inkl. Massenbestand betrug 4664,51 Mt., die Ausgabe belief sich auf 2400,99 Mt., so daß ein Massenbestand von 2173,56 Mt. in der Filiale bleibt. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1909 127. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der Abrechnung und wurde dem Kassierer Fedarge erteilt. Darauf gab stoll. Schmidt den Jahresbericht. Redner schilderte den Verlauf unserer Bewegung im verfloffenen Jahre. Wenn auch die Mitgliederzahl nicht zugenommen, so müsse man diese Tatsache auf die allgemeine Krise im gewerkschaftlichen Leben zurückführen, andererseits aber auch auf die Lässigkeit der einzelnen Kollegen. Wenn trotz reger Agitation wenig positive Erfolge erzielt wurden, dürfe man der Geschäftsführung daraus keinen Vorwurf machen, sondern den Vertretern des Magistrats, die unsere Eingaben in unverantwortlicher Weise verschleppten. Als Fortschritt könne man jedoch die Erhöhung des Beitrages und den Ausbau des Unterstützungswesens betrachten; ferner sei es gelungen, durch Betriebsversammlungen Klarheit in den einzelnen Betrieben zu schaffen, und hofft Redner, daß sich nunmehr die Agitation fruchtbarer gestalten wird. Es wurde hierauf die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen, und ergab folgendes Resultat: Spahr, 1. Vor., Barweg, 2. Vor., Schmidt, 1. Schriftf., Bod, 2. Schriftf., Kühr, 1. Kassierer, Rohberg, Revisor, Schmidt, Bagehorn und Klupp als stellvertretende. Im „Verschiedenen“ wurde beschlossen, statt der bisherigen Sektionsversammlungen Betriebsversammlungen einzuberufen, da es sich erwiesen, daß letztere bedeutend besser besucht werden, doch müsse mindestens vierteljährlich eine Versammlung stattfinden. Von eminenter Wichtigkeit bei der Agitation wurde auch die Tätigkeit der Vertrauensmänner bezeichnet, doch bedarf dieses System des weiteren Ausbaus. Mit einem begeisterten Hoch auf den Gemeindeförderverband wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Leipzig. Unsere Filiale hielt am 23. Januar im Tivoli ihre Generalversammlung ab, die gut besucht war. Aus dem Jahresbericht ist hervorzuheben, daß die Filiale auch im verfloffenen Jahre in finanzieller Hinsicht sowohl als auch an Mitgliederzunahme einen erfreulichen Fortschritt zu verzeichnen hat. Der Massenbericht ergibt folgendes Bild: Einnahme 20571,24 Mt., Ausgabe 18975,36 Mt., darunter für Krankenunterstützung 1132,61 Mt., für Arbeitslosenunterstützung 135,67 Mt., für Sterbegeld 560 Mt., an den Verbandsvorstand 10279,73 Mt., am Orte für Agitation, Druckkosten und Verwaltungskosten 3048,75 Mt. Der Markenverkauf ist von 20027 im Jahre 1907 auf 30147 Stück 1908 gestiegen. Die Mitgliederzahl nahm um 186 zu und beträgt 880. Gestorben sind 7, ausgeschieden und ausgeschloffen 150, neu eingetreten 206. Zur Bewältigung der Agitationsarbeit machte sich die Abhaltung von 6 allgemeinen und 17 größeren Betriebsversammlungen notwendig. Zur Erledigung der direkten Organisationsgeschäfte waren 17 Vorstandssitzungen und 4 Vertrauensmännererhebungen notwendig. An größeren Bewegungen sind zu nennen: Die Achtstundebewegung der Gasarbeiter, die Lohnbewegung der Straßenreiner, Schienenarbeiter, Tischhändler und Handarbeiter und der Laternenwärter, sowie die Eingabe der gesamten Arbeiterausschüsse um Feueranzugzulage. Ferner die Bewegung der Pödeangestellten um Verkürzung der Arbeitszeit, eventl. Freizeit für den Sonntagsdienst. Die erforderlichen schriftlichen Arbeiten veranlaßten die Anfertigung von 37 Eingaben an den Rat. Die Abrechnung vom 4. Quartal wurde sodann zur Verteilung gebracht und auf Antrag der Revisoren dem Kassierer, stoll. Schuchardt, Fedarge erteilt. In den Vorstand wurden folgende Kollegen gewählt: Brandt, Dörschel, Kläring, Liebmann, Reif, Weber und Zeitzschel. Medann wird noch eine Salutendberatungskommission von 7 Kollegen nominiert, die nach Durchberatung Bericht über ihre Tätigkeit zu erstatten hat.

Mainz. Am 17. Januar hielt unsere Zentrale ihre Generalversammlung ab. H. Klein erstattete Bericht über das Geschäftsjahr 1908. Es haben stattgefunden 62 Versammlungen und 28 Verhandlungen. Am Schluß des Jahres 1907 waren 488 nachmässige Mitglieder. Es verließ ein Mitgliederbestand am Schluß 1908 von 496. In die Bürgermeisterei wurden eine große Reihe Eingaben gefandt, die zum Teil guten Erfolg brachten. Die im August 1907 eingereichte Forderung hat noch nicht ihre Erledigung gefunden. Die Arbeiter werden von einer Stadtverordnetenversammlung zur anderen getrieben. Von der Versammlung wurde dieses sowie das Verhalten der oberen Verwaltung sehr bedauert. Die Vorstandswahl ergab u. a. folgendes Resultat: 1. Vorf. H. Klein, Kassierer Hartl. 2. Vorf. Meckner, Schriftführer Willenburger, Revisoren: E. Stadler, G. Schmitt und G. Herzog; Martelldelegierte: Meckner und Stadler. Nach der Wahl erstattete der Kassierer Bericht über die Verwaltung vom 4. Quartal 1908. H. Stadler als Revisor erklärte die Abrechnung geprüft und richtig befinden zu haben und es wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Unter „Verhandlungen“ wurden die Entschädigungen für die Zentraleinnahme festgelegt. Für den Vorherrscher wurde: 3000 Mk. pro Quartal 20 Mk., dem Kassierer 30 Mk., dem Schriftführer 15 Mk., Martelldelegierte und Vorstandswahl 60 Mk., Klavierkonzerten nach auswärtig 1 Mk., Klavierkonzerten in der Stadt 50 Mk. Holger Klein ermahnte zum Schluß die Versammlung einmütig zusammenzubringen und stets zu agieren für den Verband, die „Vollzeitung“ und Partei. Sein Arbeiter sollte auch teilnehmen, dem Konsumverein beizutreten.

München. Unsere Zentrale hielt am 21. Januar 1909 im „Gasthaus zur Krone“ ihre ordentliche Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, H. Weich, gab in längerer Ausführungen den Geschäftsbericht für das Jahr 1908. Meiner schloßte auch die Organisationsfähigkeit in den einzelnen Betrieben, was eine große Anzahl von Versammlungen, Sitzungen und Besprechungen notwendig waren und als deren Ergebnis auch eine Vermehrung der Mitgliederzahl von 1900 auf 1. Januar 1909 auf 1900 zu verzeichnen ist. 23 Mitglieder (22 Männer und 1 Frau) sowie auch 13 Frauen der Mitglieder sind durch Tod aus unserer Mitte. Unter dem Vorsitz der Versammlung forderte Meiner auf, auch im neuen Jahre unverrückbar festhalten an dem Band der Solidarität, dann müßte der Sieg unser werden. Anschließend daran gab der Kassierer H. Weich den Rechenschaftsbericht, dem zu entnehmen ist, daß sich das Vermögen der Zentrale im Laufe des Jahres von 313651 Mk. auf 281931 Mk. vermindert hat. Das ist infolgedessen nicht verwunderlich, als im Geschäftsjahre nicht weniger als 16562,67 Mk. für Unterhaltungen innerhalb der Zentrale München ausgezahlt wurden. Die Mithilfe der Abrechnung wird durch die Revisoren bestätigt. Nachdem dem Ausschuss einmütig Decharge erteilt war, wurde an die Wahl des Zentralkomitees geschritten und wurden dabei nachstehende Kollegen gewählt: 1. Vorf. H. Weich; 2. Vorf. W. Brandl; 1. Schriftf. G. Sturm; 2. Schriftf. A. Vederl, Revisoren: A. Würstinger, G. Oswald, J. Seidl. Als Kassierer wurde H. Weich einstimmig wiedergewählt. Infolge vorgeschriebener Zeit wurde die Versammlung abgebrochen und die weiteren Punkte der Tagesordnung auf die nächste Versammlung vertagt.

Friedhofspersonal. Wiederholt schon mußte sich unser Organ mit den Verhältnissen des Münchener Friedhofspersonales beschäftigen, was zur Folge hatte, daß der Herr Friedhofsinспекtor und einige seiner Getreuen ganz aus dem Häuschen gerieten. Und nachdem erst gar ein Teil dieses Personals der freien Organisation angehört, trifft dieser Herr Maßnahmen, die uns sehr um den Gesundheitszustand des Gutes fürchten lassen. Nachdem so veränderte, selbstverständliche „im dienstlichen Interesse“ gelegene Anordnungen — man sieht nämlich da die militärische Sprache — in der Wirkung gegen die Organisation versagten, kam man im Friedhofsbureau auf die Idee, nun mal die Friedhofswächter ordentlich durcheinander zu beuteln. Sollte doch einer dieser Wächter von einem Grabhüter 100 Mk. als Vermögen bekommen. Das allein gab doch schon ganz entschieden einen biblischen Grund ab. Die Friedhofswächter waren eingeteilt genug, diese „Verteilung in alle Winde“ als eine Strafmaßregel hinzunehmen, ja, sie sind sogar vernünftig genug, sich von dieser Auffassung auch durch einen magistratischen „Schied“ nicht abbringen zu lassen. Zudem ist es ganz natürlich, daß das Publikum — oder sagen wir besser, das Friedhofspersonalpublikum — vermutet, daß irgend eine Unregelmäßigkeit die Ursache sein müsse, wegen dessen der Friedhofswächter, der jahrelang auf seinem Bezirk war, nun weg Gott, wohnen beschwunden ist. Selbstverständlich dürfte es auch nicht ganz ratsam sein, ob der Wächter in seinem Revier jedes Grab und jedes Teilchen kennt. Ja, in unserem simplen Laienverständnis sind wir sogar der Meinung, daß die obere nicht seltenen Diebstähle dadurch nur begünstigt werden, wenn der Wächter nicht mehr weiß, welcher Gärtner das Grab anpflanzte, wenn es abrot und wer an dem Grabe zu tun hat. Sogar 100 gegen 1 wäre zu betten, daß sich die Güter der Friedhofsbüro bei Bekanntwerden der Verfehlungsbüro recht herzlich gratulierten bezog, sich ein „Gefahrenetes Neujahr“ wünschten. Schluß bei der Erörterung im Ge-

meindekollegium wurde die Sache erörtert und abfällig kritisiert, als ob die was drein zu reden hätten! Jetzt erst recht! Und mit am 20. Januar wurde die diesbezügliche Beschwerde der Friedhofswächter abfällig entschieden. Nun hat der Magistrat „das Wort“. Kammerherr aber wollen auch wir mit unserem „guten Rat“ nicht zurückhalten. Wir meinen nämlich, daß der Herr Friedhofsinспекtor das bestimmte „Wohlwollen“ nicht nur immer im Munde führen soll, wenn er glaubt, damit die Heberflüchtigkeit der Organisation demonstrieren zu müssen, sondern er sollte dieses „Wohlwollen“ auch in die Tat umsetzen und diese Maßnahme zurücknehmen. Wir könnten dann in Zukunft über untern kostbaren Raum anderweitig verfügen. Dem Herrn Friedhofsinспекtor bliebe viel Ärger erspart und er hätte dann Zeit, sich auch mal ordentlich in die Arbeitsordnung zu vertiefen. Denn wir finden es geradezu bedauerlich, daß nachgewiesenermaßen ein Teil der Friedhofsinспекtor volle 2 Jahre um ihnen auf Grund eben dieser Arbeitsordnung zugehende Vergünstigungen geschädigt wurden, wenn sich also der Herr Inspektor angewöhnen, dem Personal die wohlverdiente Ruhe zu lassen, dann kann sich alles in Wohlgefallen auflösen. Zur entgegengekehrten Seite: „Auf Wiedersehen!“ S.

Offenbach a. M. Am 21. Januar fand im Lokal St. Epös unsere Generalversammlung statt. H. Schäfer gab den Kassiererbericht. Es wurde ihm Decharge erteilt. Einen kurzen Jahresbericht gab H. Gräemann. Er ersuchte die Kollegen, auch im neuen Jahre rage für die Organisation tätig zu sein. Ferner wurde vorgeschlagen, das Lokal zu verändern, was auch beschlossen wurde. Das Vertikalslot ist nunmehr bei H. Schmitt, Mathildenstraße, „zur Mathildenstraße“. Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: 1. Gräemann, erster Vorsitzender, W. Jengel, zweiter Vorsitzender, G. Schäfer, Kassierer, A. Kemmer, Schriftführer. Als Martelldelegierte wurden gewählt: W. Jengel und A. Kemmer, als Erbkassier Joh. Krug. — Unter Verhandlungspunkten wurden über einige Punkte lebhaft Debatten geführt. Hauptächlich ist hervorzuheben die Durchbrechung der Lohnstaffel bei den Stahlarbeitern, wofür eine Betriebsverwaltung in aller Eile abgehalten werden muß. Ferner wurde beschlossen, eine öffentliche Versammlung einberufen und Stellung zu nehmen zu der vor zwei Jahren eingereichten Arbeitsordnung und Aufstellung der Kandidaten zu den nächsten Arbeiterauswahlen. Sie findet Freitag, 5. Februar 1909, im Saalbau, abends 7 Uhr, statt. Vom Vorstand ging ein Antrag ein, die Auswahlglieder nur aus unserer Organisation zu nehmen, damit die fernliehenden Kollegen einsehen, wie notwendig es ist, sich zu vereinen. Da aber von seiten der Versammlung Widerstand abgelehnt wurde, beschloß man, mit den anderen Gewerkschaften eine kombinierte Sitzung abzuhalten.

Blauen i. R. Am 15. Januar fand die Generalversammlung der hiesigen Zentrale statt. H. Weidhardt gab den Geschäfts- und H. Steinhauser den Kassiererbericht. Dem ist zu entnehmen, daß sich die Zentrale langsam aber stetig entwickelt. Im vorigen Jahre zählten wir 70 organisierte Kollegen. Diese Zahl ging aber infolge vorjähriger Vorkommnisse bis auf 38 zurück. Bisher beträgt die Mitgliederzahl 61. Neu gewonnen wurden die Arbeiter des städtischen Schlachthofes. Auch bei den Arbeitern des Elektrizitätswerkes fanden wir Anschluß. Diese Kategorie ist aber dem Verbands wieder untern geworden. Grund: Nicht vor Entlassung. Bei den Friedhofs-, Gartenarbeitern und Straßenreinemachern blieben alle Versuche, sie der Organisation anzuschließen, erfolglos. Lohnforderungen wurden für die Schlachthofarbeiter eingereicht, welche aber noch ihrer Erledigung harren. Die Wahlen für den Zentralkomitee gingen glatt über sich und wurden mit einigen Ausnahmen die alten Kollegen in ihren Ämtern belassen. Ein Antrag, zur nächsten Versammlung einen Vertrag über „Wert und Nutzen der Arbeiterauswahlen“ zu fassen und eine Eingabe betr. Regelung des Sommerurlaubes einzureichen, wurde einstimmig angenommen. An den Kollegen liegt es nun, mehr wie bisher für die Ausbreitung des Verbandes zu sorgen und den im letzten halben Jahre gemachten Fortschritten weitere entgegen zu treten. Nicht einmütig in der Organisationsarbeit, der Erfolg wird nicht ausbleiben, wenn jeder seine Pflichten tut.

Heimisdorf. Am Sonntag, den 21. Januar, fand eine gut besuchte Versammlung der hiesigen Gemeindegewerkschaft statt. Kollege Frenkel referierte über „Soziale Kuriositäten der Gemeinde ihren Arbeitern gegenüber“, was mit großem Beifall aufgenommen wurde. In Heimisdorf sieht es bezüglich der Ausreise für die Arbeiter noch trübe aus. Das geht schon daraus hervor, daß der Gemeindegewerkschaft die alten Arbeiter mit Entlassung bedroht, um junge Kräfte einzustellen. Ebenso ist die geringe Bezahlung der Wächter bei den Hohllegern geradezu unabweisbar. Für eine Arbeitszeit von 11 Stunden werden ganze 3,50 Mk. bezahlt. Auf dem Wasserwerk sieht es noch schlimmer aus. Wenn A. W. das Wasserpersonal Urlaub hat und ein Arbeiter 6 Stunden wachen muß, wird überhaupt nichts bezahlt. Ganz besonders schmerzt es der „Kommunist“ dem Herrn Gemeindegewerkschaft Mube angehen zu haben. Unsere Genossen werden ja im Matbause Gelegenheit haben, bei Beratung der Lohnforderungen darauf hinzuweisen, welche „Ausreise“ die Gemeinde Heimisdorf ihren Arbeitern gegenüber machen läßt.

Zthalham. In unserer Generalversammlung vom 24. Januar erstattete Moll, Brünner den Rechenschaftsbericht für das vierte Quartal 1908, dem zu entnehmen war, daß im letzten Quartal ein starker Mitgliederzuwachs zu verzeichnen ist, so daß sich der Mitgliederbestand mehr als verdoppelte. Der Rechenschaftsbericht wurde als richtig anerkannt. Die Massenverhältnisse konnten als gute bezeichnet werden. Dem Ausblick wurde Entlastung erteilt. Das Resultat der Vorstandswahl ist folgendes: 1. Vors. L. Schamberger; 2. Vors. W. Weber; stellvertret. K. Brünner; 1. Schriftf. N. Kiepl; 2. Schriftf. J. Gräßner; Kassieren Weber, Stowasser und Froit; Delegierte zum Gewerkschaftstakt Brünner und Kiepl. Unter „Verschiedenes“ gab Moll Brünner einen umfassenden Bericht über die Tätigkeit des Gewerkschaftstakts in Wiesbad. Er kam darauf zu sprechen, daß verschiedene Kollegen der Ansicht wären, das Gewerkschaftstakt für die einzelnen Verbände keinen großen Zweck. In längeren Ausführungen widerlegte er diese Ansichten und erinnerte an verschiedene Beobachtungen aus der letzten Zeit, welche durch das Gewerkschaftstakt ihre Erklärung fanden. Mit einem Appell an die Mitglieder, für die Weiterentwicklung des Verbandes Sorge zu tragen, schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Zthalham. (Christliche Streikbrecherziehung.) In den letzten Tagen meldete sich ein Kollege von den „christlichen“ Gewerkschaften bei unserer Mitteilungsstelle zur Aufnahme. Auf die Frage, weshalb er eigentlich aus der „christlichen“ Gewerkschaft austritten wäre, gab er folgende Erklärung ab: Im Herbst 1907 traten die Möbelenarbeiter in München in eine Lebensbewegung, welche einen Zweck nach sich zog. Man würden alle „christlichen“ Gewerkschaftsführer ersucht, Arbeiter für die Massenlager zu gewinnen. Die „christlichen“ Gewerkschaftsführer stellten die unerhörte Zumutung an alle Mitteilungsstellen, den Befehl zu erteilen, alle ihnen zur Verfügung stehenden Mitglieder nach München in die Massenlager zu senden; natürlich unter Verhinderung der zurzeit dort bestehenden Differenzen. So jubelten denn auch von Bad Nidlinga einige „christliche“ Mitteilungsstellen, darunter sogar der dortige Vorstand, welcher von der ganzen Sache Kenntnis hatte, sowie unter jener Menge Wieser hin. Nach dem Eintreffen der Mitglieder in München wurden ihnen die bestehenden Verhältnisse in den Massenlagern bekannt. Einige sich solidarisch fühlende Mitglieder, darunter stolze Wieser, bewachten die Aufnahme der Arbeit unter diesen Umständen und letzterer veranlaßte auch den Vorstand zur Umkehr, natürlich erst nach vorausgegangenem energischer Auseinandersetzung. Seit dieser Zeit war nun Kollege W. ein unangenehmer Gast im Kreise der „christlichen“ und so sah er sich veranlaßt, seinen Austritt aus der „christlichen“ Gewerkschaft zu betätigen. Die Kollegen ersehen aus diesem Vorgang, wie die „christlichen“ Gewerkschaften wohl die Interessen der Arbeitgeber, nicht aber diejenigen ihrer Mitglieder wahren genommen haben.

Internationale Rundschau.

Amerika. Der 28. Kongreß des Arbeitsbundes (Federation of Labor) fand am 8. bis 21. November in Denver, Colorado, statt. Die Federation zählte im Berichtsjahre 1 1/2 Millionen Mitglieder, die sich auf 116 nationale und 584 lokale Verbände verteilten. Einen wesentlichen Teil der Verhandlungen nahmen die Grenzspannungen in Anspruch, die sich nicht nur auf die Antitrustgesetze der Verbände, sondern auch auf die Arbeitsgebiete der einzelnen Berufe erstreckten. Die nach dem Ausfall der Wahlen erwartete Veränderung der politischen Haltung trat nicht ein. Der Präsident Campbell hatte feierlich für den Demokraten Bryan Stimmung gemacht, doch ist ihm das nicht zum Vergnügen geworden, weil die große Masse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Amerika sich leider wenig um Politik kümmert. Der Bericht von Campbell, allerdings der sich häufigsten Einhaltsetzliche diese nicht mehr zu brachten, aber auch die Weltweite nicht zu lassen, sondern im Gegensatz zu stehen, fiel mit großer Mehrheit.

England. Der 9. Jahreskongreß der britischen Arbeiterpartei fand vom 27. bis 29. Januar in Portsmouth, dort waren fast 1 1/2 Millionen Gewerkschaftler durch Delegierte vertreten. Insbesondere wurden folgende Fragen erörtert: 1. Arbeitslosigkeit; 2. Steuerfragen; 3. Schularbeit, Arbeitszeiten, Wahlen; 4. Parteiverhältnisse. Die Antikriegsfrage der englischen Arbeiter entspricht so ziemlich denjenigen, wie sie bei uns in Deutschland von Seiten der Arbeiter geltend gemacht wird: Die Veranschaulichung der Produktion der Produktionsmittel wurde in einer Resolution gefordert und mit 362 gegen 413 Stimmen angenommen. Die beiden Abhandlungen der internationalen Vereinigung des Schiffeffens, insbesondere die Abhandlung der Nationalsozialisten (Antrag der Gasarbeiter), bezüglich der internationalen Vereinigung der Welt (u. a.) blieben bei dem bisherigen Status. Man sah wieder die Kandidaten nicht als Kandidaten, sondern als Arbeiterkandidaten in den Wahlkampf ziehen.

Österreich. Die Gewerkschaftskommission von Österreich hat einen vorläufigen Bericht über den Stand der Gewerkschaften im Jahre 1908 erstattet. Die niedergehende Konjunktur hat auch den österreichischen Gewerkschaften große finanzielle Belastungen aufgebürdet, ein wesentlicher Rückgang von Mitgliedern ist jedoch nach dem Bericht nicht zu verzeichnen gewesen. Der Verlust an Mitgliedern infolge der Arbeitslosigkeit wird auf 25 000 geschätzt. Dagegen stehen aber 17 000 Neuaufnahmen gegenüber, so daß der Verlust nur 8 000 Mitglieder betragen dürfte. An Arbeitslosen unterstützung zahlten die österreichischen Gewerkschaften rund zwei Millionen Kronen. Es ist das eine halbe Million mehr, als im Jahre 1907 ausgegeben wurde.

Rundschau.

Die eigene Regie und die Arbeitslosigkeit. In der letzten Stadtsitzung Leipzigs sprach sich der Verbürgermeister Dr. Dietrich gegen die Hebernahme von Arbeiten in Regie der Stadt aus. Er behauptete dem Sinne nach, daß die Leute im Dienste der Stadt sich nicht mehr so anstrengen, als sie es beim Privatunternehmer tun müßten. — Dazu beauftragt die „Leipz. Volksztg.“ u. a. sehr treffend: „Der Übertragemeister wird im allgemeinen der Ansicht sein, daß der städtische Betrieb nicht so ausdauernd als der Privatbetrieb zu machen werden könne. Die städtischen Angestellten könnten eine Verdächtigung ihrer Leistungen aus den überbürdenderen Anforderungen herauslesen. Diese Verdächtigung trübe dann allerdings nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Beamten bis hinauf zu den Stadträten; daß es auch unter den letzteren Leute gegeben hat, die lieber auf die Jagd gingen, als ins Bureau, ist übrigens bekannt. Was die Arbeiter betrifft, so wird ein Unterschied zwischen einzelnen Kategorien zu machen sein. Es gibt gewissenhaft städtische Arbeiter, die einen gemächlichen Posten bekleiden, wie dies auch in Privatbetrieben vorkommt. Aber ebenso wie in diesem haben andere Arbeitergruppen äußerst intensiv zu arbeiten. Es fällt den städtischen Arbeitern natürlich nicht ein, ein Recht auf Hebernahme geltend zu machen; dies schließt aber nicht aus, daß sie das Recht haben, sich gegen allzu große Ausnutzung zu wehren. Aus der Bemerkung des Stadtoberhauptes geht das hervor, daß er ein Gegner der Regiearbeit ist. Wenn er es aber hauptsächlich aus dem von ihm angedeuteten Grunde sein sollte, so spräche dieser weniger gegen die eigene Regie, die den Arbeiter etwas menschlicher behandelt als der Privatbetrieb, als vielmehr gegen diesen, der keine Rücksicht mehr, sondern nur noch „Hände“ beschäftigt und deren Arbeit in denkbar raffiniertester Weise ausbeutet. Daß ein solcher Zustand gefährlich für das Gemeinwesen ist und zerrütend auf die Volkstugend einwirkt, braucht nicht näher dargelegt zu werden. Unsere Forderung lautet daher: Eigene Regie! — Wir möchten dazu nur noch ergänzend bemerken, daß in Leipzig sowohl wie in anderen Städten durch ein raffiniertes Montags-, Straf- und Antirezeptionsystem das Leidigt ist, daß nach Möglichkeit Betriebsübereschüsse herausgewirtschaftet werden. Wir sind sogar der Heberzeugung, wenn von diesem System der Schutzämter etwas abgelassen würde und die Behandlung sich menschlicher gestalten ließe, so könnte dies zur erhöhten Arbeitsfreudigkeit sehr ganz wesentlich beitragen.“

Aus den Parlamenten. Von den Reichstagsverhandlungen sei hier ganz besonders die Interpellation betreffend „Sicherung der Freiheit des Arbeitsvertrages und des Koalitionsrechtes der Arbeiter“ hervorgehoben. Giesberts (3.) wies auf die schwerwiegenden Äußerungen der Grundbesitzer, den zentralisierten Arbeitsnachweis, Arbeitsperrnen, geheime Kartierung der Arbeitsgenüsse usw. hin. Der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg machte sich die Verantwortung leicht. Er „wünschte“ eine ethischere Stimpfweise, ohne aber irgendwelche Zusagen zwecks Verbesserung zu machen. Dabei geht — es sei an den Prozeß Dillger erinnert — der preussische Grundbesitzer mit schlechten Beispielen voran. Genosse Sacke (Soz.) kennzeichnet mit viel Material den tatsächlich ausgeübten Terrorismus der Unternehmer. Der allgemeine Deutsche Bergarbeiterkongreß, der vom 1. bis 3. Februar in Berlin tagte und von dem sich die „Christlichen“ abdrückt haben, forderte weiteres Material jenseitig, auf das wir noch zurückkommen werden. Die Forderungen für diese Arbeiterkongresse lauten mit Recht: Mehr Bergarbeiterkongreß, Einführung eines Reichsbergarbeiterkongreß, Grundbesitzkontrolle aus den Reihen der Arbeiter! Beibehaltung der schwarzen Listen und dauernden Sperren!

Das Abgeordnetenhaus sollte am 25. Januar wieder einmal eine Wahlrechtsdebatte großen Stils. Die Wintergrund hatten bereits die am 21. Januar in Berlin stattgefundenen Straßenmanifestationen geschaffen. Aus den letzten Reichstags-Verhandlungen sei nur erwähnt, daß nach einer Warnung des Ministers v. Kollie vor dem Sprung ins Dunkle der alte Träger des Wahlrechts die Einführung des allgemeinen Wahlrechts und die direkte Wahl als unzulässig bezeichnet. Ebenso traten die Polen für eine solche Vorlage ein, während v. Richter (1.) natürlich energisch abgemahnte und dabei andeutete,

dem Mod" ein Ende zu machen. Dabei wies er nicht mit Unrecht auf die Weigerung der freimüthigen Kommunisten hin, das allgemeine Wahlrecht einzuführen. Ganz richtig sagte er z. B.: „Ein eigenwilliges Schicksal auf die jetzige Situation wirkt doch der Wahlrechtsreform in Rindorf. Nennen dort vielleicht Agrarier und Reaktionäre in Frage? Nein, die Herren Freimüthigen gleichen dem Kalitaff, sie stecken mutig los wenn sie sich genügend geduldet haben! In der Tat, das stimmt. In großzügiger Rede wies Genosse Ströbel (Sax.) darauf hin, daß eine Aenderung des verrotteten preussischen Wahlrechts kommen muß und daß man sich auf die Dauer auch nicht auf die Majorität verlassen kann. Das Volk verlangt sein Recht und wird es sich zu erkämpfen wissen, trotz aller Schwierigkeiten, die dem im Wege stehen. Die Interpellation endete mit einer Ablehnung jeglicher Wahlrechtsverbesserungsanträge, allerdings gegen wenige Stimmen. Dieser Mißerfolg war obendrein der schlechten Wirkung der linken Seite des Hauses zu danken. Die Regierung kann also weiter brüten und erwägen."

Arbeitsverhältnisse in den Reichsbetrieben. Dem Reichstag ist eine Denkschrift über die Arbeitsverhältnisse in den Betrieben der Meeres- und Marineverwaltung für das Jahr 1907 zugegangen. Danach beträgt die normale Arbeitszeit in den Bureaus acht Stunden, in den Betrieben selbst neun Stunden. Nur im Sicherheits- und Wachtdienst kommt noch in geringem Umfange eine normale Dienstreife von mehr als neun Stunden vor. An Arbeitslöhnen haben die vier kaiserlichen Werften zu Danzig, Kiel, Wilhelmshaven und Friedrichsberg (Dorpedoverwaltung) insgesamt 27 618 680 Mk., die Garnisonverwaltungen, die Lazarette, Artillerie, Munition und Minendepots 1 953 983 Mk. gezahlt. Die Löhne der erwachsenen Arbeiter betragen 1,01 bis 7,01 Mk. pro Arbeitstag. Die Monatslöhner erhalten im Durchschnitt ein Gehalt von 110 Mk. Die Gehaltsverhältnisse der von der Marineverwaltung beidatigten Arbeiter sind am ungünstigsten auf der Danziger Werft mit 65 Proz. Entlohnungsmäßig im Jahre, am günstigsten in Wilhelmshaven mit 16 Proz. Der Arbeiterwechsel ist verhältnismäßig noch immer recht stark. Von den 17 907 Arbeitern der kaiserlichen Werften schieden im Laufe des Jahres 1906 aus, während 3369 neu eingestellt wurden. Von den 19 675 Arbeitern der Marineverwaltung schieden 1906 aus, während 6005 neu eingestellt wurden. Sollen sich die deutschen Komunalverwaltungen bezüglich der Arbeitszeit um soviel von den sprichwörtlich und fast andäckerfistalischen Meeresbetrieben etwas vernachlässigen, verdient er nicht an den Franzosen geholt zu werden. Soll das der „Sagen der Selbstverwaltung" sein, von dem in diesen Jubiläumstagen so viel Weisens gemacht wurde?

Ein verurteilter dristlicher Lügenpeter. Der vorwändige Redakteur der „Gewerkschaftsstimme" mit der wir uns hier und da (schätzig) münden, Johannes Wolf, wurde wegen Verleumdung der „Mündner Post" zu 100 Mk. Geldstrafe oder vier Tagen Haft, zur Erlegung der Kosten und Publikation des Urteils in der „Mündner Post", in der „Gewerkschaftsstimme" und in „Neuen Mündner Tageblatt" vom Schöffengericht Münden I verurteilt. Wolf beschimpfte die „Mündner Post" als ein Lügenblatt, sprach von Verdächtigungen gegen die dristlichen Arbeiter, von Lügenmaterial, Fälschungen, gestohlenen Manuskripten und dergleichen. Vor Gericht ließ der kasperle Christenbild durch seinen Rechtsbeistand erklären: „Er sei nicht in der Lage, Material vorzulegen". Dieses Mal gab es also einen Mißpaß auf das dristliche Lügenmaul.

Ein sonderbares Koalitionsrecht wurde den preussischen Eisenbahnern besichert. Zwei Bedingungen hat der Eisenbahnminister daran geknüpft, und zwar 1. weder direkt noch indirekt sozialdemokratisch, 2. ausdrücklicher Verzicht auf jedes Streikrecht. Die „dristlichen" Führer haben nun zunächst diese Charaktereigenschaften für ihre Organisation reklamiert, was zur Folge hatte, daß einige Direktoren den ihnen unterstellten Arbeitern den Eintritt in den „dristlichen" Verband geraten haben. Nach einer Mitteilung im „Gewerkschaftsverein" sollen auch die dristlichen Führer zugestimmt werden. Doch damit eine vollwertige wirtschaftliche Interessenvertretung für die Eisenbahner geschaffen sei, vermögen wir nicht zu glauben.

Proletariatslos. Der „Arbeits-Bl." entnehmen wir dieses graunige Glendebild: „Neben einer Unfallsfall, bei dem sieben Wanderer ihr Leben einbüßten, sind folgende Einzelheiten zu melden: Die Herberge zur Heimat in Rindorf war genau wieder das Ziel zahlreicher Wanderer, die dort Urlaub für die Nacht suchten; es mochten wohl gegen 10 ständischer Familien in der Herberge eingekerkert sein. Abends meldeten sich noch sieben Wanderer, die von der Polizei sich Kapflungelassen gelobt hatten. Es wurde ihnen in einem einförmigen, bunten bunten, gelben, in der Herberge mit ungezügelter bestimmten Hintergebäude (Hoch angehängt in dieses ist 1 Meter breit, 1 Meter lang und 1 1/2 Meter hoch, ohne und darin nicht enthalten, nur jedoch eine Hecke, in der Tat befind-

liche Scherbe notwendig. In diesem Raume legten sich die sieben Wanderer auf eine mit einem Strohsack bedeckte Holzbohle nieder. Bei der grimmigen Kälte war ein Heimer sogenannter Plättchen mit Holzbohlen zur Erwärmung in den Raum gestellt worden, die Gasse, die dem mit keinem Abzugrohr versehenen Ofen enttront, hatten bald den kleinen Raum erfüllt und den Schlafenden, meist jungen kräftigen Leuten, den Tod durch Ersticken gebracht. Morgens 7 Uhr sollten, wie üblich, die Leute geweckt werden, dabei bei sich den Entretenden ein gräulicher Anblick: alle sieben waren tot. Auf der Kreuze lagen sechs, während der siebente in einer Ecke hingerichtet lag. Die Hände der meisten waren kampfbestimmte zusammengedrückt und die Gesichter verzogen. Erst um 9 Uhr wurde vom Bezirksvater Möhlhagen Meldung bei der Polizei erhalten, die sofort das Erforderliche anordnete; der Raum wurde abgeschlossen und die Staatsanwaltschaft in Göttingen benachrichtigt. Der Raum, in dem die Leute eingesperrt waren, war durchaus unvordringlich. Der Hausvater behauptet zwar, den Ofen nicht angeheizt zu haben, die Leute müßten selber die bei ihm liegenden Holzbohlen hineingelassen und Feuer angezündet haben. Ist das die vielbesprochene „göttliche Weltordnung"?

Warnung

Wenig, bedenk, was du sagst, Wenn du in dem Landtag sagst, Und verschweige unbedingt, Ob der Reichstag maginal trinkt.

Wenn ein Volksfreund und er nippt, Der gleich die Fulle lippt — Weide nimm und unbedenklich, Denn Privates ist gebeligt.

Wahls derselbe, wie du siehst, Ich das Rollenbein begiebt, Sag es nicht im Parlament, Weil es ihn gemieren konnte.

Wässchen gibt es, hochgehietete Frage niemals, das wievielste? Wenige vertehnen die Melde; (Wist es überhaupt wohl welche?)

Manu du: „Geleg'ner! Stroch!" Rinder Ichlimm in der Groch; Dafür kriegt du keinen Nibel. — — Aber sage bloß nicht: „Zügel!" (Gottlieb im „Sag".)

Briefkasten.

H. Thalham und andere Bitte stets nur eine Seite zu beidreiben und Raum an den Seiten lassen. Adl. Gruf; allen Schutzplättlein! K. Offenbach. Der Bericht ist durch Entsendung des Kollegen Gr. bereits erledigt. Bitte in Zukunft sich mit dem Kollegen über die event. Abänderung zu verständigen. W. Gr! W. Bremen. Wir wollen doch lieber das Ganze zusammenhängend bringen, darum zurückgestellt bis der Rest kommt. Also bitte! Adl. Gr!

Totenliste des Verbandes.

Johann Droß, Magdeburg Vaternenwärter 21. 1. 1909, 45 Jahre alt.	Ernst Ahlig, Chemnitz Glasarbeiter 25. 1. 1909, 66 Jahre alt.
Louis Leithoff, Magdeburg Vaternenwärter 22. 1. 1909, 65 Jahre alt.	Paul Thiel, Hamburg Glasbau 27. 1. 1909, 41 Jahre alt.
Johann Landau, Hamburg Säberrüstler 22. 1. 1909, 57 Jahre alt.	Karl Fuller, Berlin Manufakturarbeiter 25. 1. 1909, 31 Jahre alt.
Ant. Eichenthaler, Düsseldorf 23. Januar 1909 im Alter von 41 Jahren.	Roman Gawrych, Hamburg Glaswerler 30. 1. 1909, 41 Jahre alt.

Chre ihrem Andenten!

Filiale Wiesbaden.

Freitag, den 12. Februar 1909, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus".

Mitglieder-Versammlung.

Die regelmäßigen Versammlungen finden jeden ersten Freitag im Monat im obigen Lokal statt. Es erwartet zahlreiches Erscheinen. Der Filialvorstand.